

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Veraprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Veraprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
Eingelie Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingeliegen in der Post-Zeitungs-
Preislifte für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annon-
ze oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
für das erste Wort frei. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen.

Die Gewerbe-Aufsichts-Beamten und Bergbehörden waren im Jahre 1902 mit besonderen Erhebungen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der in Fabriken und hiesigen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre und über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer weiteren Herabsetzung der gegenwärtig zulässigen Dauer ihrer täglichen Arbeitszeit beauftragt. Hierüber sind in Ergänzung der Jahresberichte der preussischen Gewerbe-Inspektoren und Bergbehörden für 1902 Sonderberichte erstattet worden, deren amtliche Ausgabe in R. v. Deders Verlag, Berlin 1903, erschienen ist, und die jetzt, nachdem schon vor längerer Zeit aus ihr gewisse offizielle und sonst von der Regierung gesandte Blätter Auszüge bringen konnten, auch uns auf buchhändlerischem Wege zugänglich geworden ist.

Der zunächst über die Zwecke und Gründe dieser Erhebungen sich lediglich aus dieser amtlichen Ausgabe unterrichten wollte, würde höchst mangelhaft unterrichtet sein. Diese amtliche Ausgabe bringt kein Wort über den wirklichen Ursprung ihres Daseins, sie erweckt sogar den durchaus falschen Verdacht, als ob diese Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen und über die Frage einer möglichen und zweckmäßigen Verkürzung ihrer Arbeitszeit dem arbeiterinnenschützenden Herzen der Regierung entspringen würden. Sie bringt kein Sterbenswortchen davon, daß es sich hier um Forderungen des Arbeiterinnenschutzes handelt, die seit Jahrzehnten gestellt worden sind, und welche die erbittertesten Kämpfe gegen die Regierung wie unter den Parteien gesezt haben. Ist die Erwähnung dieser Thatsache vielleicht nur deswegen unterblieben, weil man dann halbwegs gerechtfertigt auch hätte feststellen müssen, daß auch diese Forderungen eines wirklichen Arbeiterinnenschutzes ernsthaft nur von der Socialdemokratie gestellt und vertreten wurden?

Die drei Forderungen eines weiteren Schutzes erwachsener Fabrikarbeiterinnen nämlich, über deren bisherige etwa freiwillig eingetretene Verwirklichung und über deren Zweckmäßigkeit und eventuelle gefehliche Durchführbarkeit die Gewerbe-Inspektoren und Bergbehörden jetzt erst noch einmal befragt sind und über welche ihre Antworten jetzt vorliegen, gehen dahin:

1. Die nach § 137 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung zulässige tägliche Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen;
2. die nach § 137 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zu gewöhnlicher Mittagspause von 1 Stunde auf 1 1/2 Stunden zu verlängern;
3. den Arbeitsstillstand am Sonnabend und an den Vorabenden der Festtage auf eine frühere Stunde als 5 1/2 Uhr nachmittags zu verlegen.

Die diesbezüglich gesammelten Thatsachen nun und die Urteile der Gewerbe-Inspektoren und Bergbehörden, wie sie jetzt vorliegen, werden erst dann in das rechte Licht gerückt, wenn man sich erinnert, eine wie lange Geschichte diese Forderungen schon haben, diese Forderungen, deren Erfüllung nur einen so kümmerlich kleinen Schritt vorwärts auf dem so kümmerlich kleinen Wege bisherigen gefehlichen Arbeiterinnenschutzes bedeuten würde. Erinnern wir uns deshalb zunächst ein wenig, bevor wir die Ergebnisse und Urteile dieser neuesten Erhebungen selbst zusammenfassend wiedergeben!

Die Gewerbe-Ordnung, die sich ja bekanntlich überhaupt nur auf Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen bezieht, kannte bis 1890 für diese letzteren nur ein Verbot der Arbeit der Wöchnerinnen während dreier Wochen nach ihrer Niederkunft, ferner nur ein Verbot der Beschäftigung unter Tage und die Ermächtigung des Bundesrats, besonders gefährliche Arbeit gänzlich oder während der Nachtzeit zu untersagen. Von dieser Befugnis hatte er fast gar keinen Gebrauch gemacht. Die Gewerbe-Ordnungs-Novelle von 1891 verbot wenigstens endlich die Nacharbeit für Fabrikarbeiterinnen gänzlich, bestimmte, daß die Arbeit am Sonnabend und an Vorabenden der Festtage für sie nur bis 5 1/2 Uhr nachmittags währen darf; zugleich aber führte sie für die Fabrikarbeiterinnen den Normal-Arbeitsstag von 11 Stunden ein (an Sonnabenden und an Vorabenden von Festtagen von 10 Stunden) und legte den Unternehmern die Verpflichtung auf, verheiratete Arbeiterinnen auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, falls diese nicht mindestens 1 1/2 Stunden währt; für Wöchnerinnen bestimmte sie schließlich, daß sie vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur auf Zeugnis des Arztes hin beschäftigt werden dürfen. Und auf dieser „Höhe“ des Arbeiterinnenschutzes stehen wir bekanntlich heute nach 12 Jahren noch immer! Und doch hatte schon damals im Jahre 1891 die socialdemokratische Fraktion beantragt, die Beschäftigung der Arbeiterinnen auf 10 Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage auf 9 Stunden gesetzlich festzusetzen, das Verbot der Beschäftigung von Wöchnerinnen auf 6 Wochen auszudehnen mit der Bestimmung, daß während dieser Zeit weder ihre Entlassung noch Kündigung stattfinden dürfen, sowie daß die 1 1/2 stündige Mittagspause gesetzlich festgesetzt werde, also nicht erst auf Antrag der Arbeiterinnen zu gewähren sei. Bekanntlich wurden alle diese Forderungen abgelehnt, die Gewerbe-Ordnung im Gegenteile sogar noch an Haupt und Gliedern verbessert. Darum war jahrelang volle Ruhe über den Wassern der Arbeiterinnenschütz-Freundlichkeit der bürgerlichen Parteien, so sehr ihnen gerade seit 1891 durch unsre immer mehr erstarkende Arbeiterinnenbewegung das Gewissen zu schärfen versucht wurde. Erst vor den Wahlen

des Jahres 1898 — ebenso wie in diesem Jahre kurz vor den Wahlen — befaß sich das Centrum wieder auf seinen „Schuh“ der „Heiligkeit der Familie“ und kam bekanntlich mit dem wirtschaftlich ebenso thörichteren wie politisch demagogischen Wunsch, die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken gänzlich zu verbieten. Am 22. Januar 1898 stellte es im Reichstage den Antrag, der Reichkanzler möge über Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Verbotes eine Umfrage durch die Gewerbe-Inspektoren veranstalten. Die diesbezügliche Resolution fand Annahme und ihr Auftrag wurde ausgeführt und ergab das von unsrer Fraktion vorhergesagte Resultat, daß ein Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen nur die Hausindustrie und ihre gräßlichen Verhältnisse und Opfer vermehren, nicht aber den Arbeiterinnen wirklichen Nutzen bringen würde. Damit war auch die Aktion des Centrums, wie es von ihm auch gar nicht anders gewünscht wurde, ohne Ergebnis für einen wirklichen Arbeiterinnenschutz verpufft und es blieb wieder alles beim alten! Indes — unsre Fraktion ließ nun nicht locker und stellte gleich bei Beginn der neuen Legislaturperiode ihren bekannten detaillierten Arbeiterinnenschutz-Antrag, der das Verbot der Frauenarbeit in allen dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben forderte, einen wirksameren Schutz der Wöchnerinnen und Schwangeren verlangte und endlich neben andern noch auch den zehnstündigen Normalarbeitsstag für die erwachsenen gewerblichen Arbeiterinnen forderte, als erste Stufe zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt. Hatte bei der Besprechung der ersten Umfrage Graf Posadowsky 1901 noch erklärt, daß nun weitere Erhebungen nicht mehr nötig wären, so wechselte seine Erkenntnis wieder urplötzlich, als diese unsre Anträge nur vorlagen und noch gar nicht zur Verhandlung kamen. Als nämlich im Januar 1902, also ein Jahr nach der ersten Posadowsky'schen Erklärung, unsre Fraktionsredner wieder auf das energische die endliche Verkürzung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen forderte, erklärte der Staatssekretär des Innern: es müßten noch einmal Erhebungen veranstaltet werden!

Das Resultat dieser Erhebungen liegt nun in der eingangs erwähnten amtlichen Publikation vor, und die ganze Enquete stellt sich nach ihrer Geschichte als das heraus, als was sich tausend ähnliche Erhebungen herausgestellt haben: als ein für die Regierung und bürgerliche Parteien gleich erwünschtes Mittel, dringlichere Reformen, über deren Wert und Notwendigkeit längst kein Streit mehr bestehen konnte, hinauszuschieben! Um nichts anderes als um ein einfaches dilatorisches Verfahren handelt es sich auch hier. Der beste und erste Beweis hierfür war ja übrigens, daß noch lange vor der Bekanntgabe der Ergebnisse dieser Enquete das Centrum und die Nationalliberalen nun plötzlich kurz vor den diesmaligen Reichstagswahlen die bekannte Resolution bei den Staatsdebatten einbrachten, die Fabrikarbeit aller Arbeiterinnen auf 10 Stunden herabzusetzen. Ja, der Abgeordnete Trimborn widerlegte sich selbst bei der Begründung dieser Resolution so weit, daß er zugab, daß schon aus der Umfrage von 1899 hervorgehe, daß zwei Drittel aller Fabrikarbeiterinnen bereits den Zehnstundentag haben und nur noch in der Textilindustrie der Elbstundentag Regel sei. Damit hatten die bürgerlichen Parteien durch einen ihrer geriebensten Vertreter sich selbst die Waage vom Gesicht gerissen.

Und was nun etwa auch für den Ungläubigsten noch fehlte, vollkommen zweifellos zu machen, daß es sich bei dem Widerspruch der Regierung und der Verschleppungspolitik aller bürgerlichen Parteien einem energischen Fortschritte auf dem Gebiete des Schutzes erwachsener Fabrikarbeiterinnen gegenüber lediglich um eine socialreaktionäre Erscheinung schlimmster Art handelt, — das beweisen die Ergebnisse der neuesten Erhebungen sowohl bezüglich der amtlich ermittelten Thatsachen wie auch bezüglich der widerspruchsvollen Urteile der Fabrikinspektoren und Bergbehörden.

Mit beiden werden wir uns nunmehr im einzelnen beschäftigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli.

Die neue Firma.

Socialliberal heißt sie! Die nationalsocialistische Partei, die vor kaum sieben Jahren mit so viel Gerusch und so stolzen Plänen in die Welt getreten ist, hat aufgehört zu sein. Sie geht in die „Freisinnige Vereinigung“ über, die die Reizung hat, sich fortin eine „socialliberale Partei“ zu nennen. Nach dem „Berliner Tageblatt“, das scheinbar zum führenden Organ des Socialliberalismus andersehen ist, ist die Sache folgendermaßen vor sich gegangen: In der letzten Sitzung des Vorstandes der nationalsocialistischen Partei am 20. Juli wurde beschlossen, an den Vorsitzenden des Wahlvereins der Liberalen eine Anfrage zu richten, wie er und seine parlamentarischen Freunde sich zu dem Uebertritt der Nationalsocialisten in den Wahlverein stellen würden.

Die „Hilfe“ veröffentlicht jetzt die Antwort des Vorsitzenden des Liberalen Wahlvereins, des Abgeordneten Schrader, auf diese Anfrage. Herr Schrader schreibt an Friedrich Raumann als den Führer der Partei:

Hochgeehrter Herr Pfarrer!

Am 21. Juli haben Sie im Auftrage der Mehrzahl der Mitglieder des Vorstandes des Nationalsocialistischen Vereins mir als dem Vorsitzenden des Wahlvereins der Liberalen mitgeteilt: daß Sie auf dem bevorstehenden Delegiertentage des Nationalsocialistischen Vereins den Antrag stellen werden, auf eigene Parteithätigkeit zu verzichten, und bei uns anfragen, wie ich und die parlamentarisch thätigen Freunde und zu einem etwaigen Anschluß

Ihrer Mitglieder und Vereine an den Wahlverein der Liberalen stellen würden.

Darauf erwidere ich Ihnen ganz ergebenst, daß ich von meinen parlamentarischen Freunden, denen ich mich anschließen, ermahnt bin, Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

Wenn die Mitglieder der nationalsocialistischen Partei unter Aufgabe ihrer Stellung als selbständige politische Partei sich dem Wahlverein der Liberalen durch Eintritt in denselben anschließen, so sind sie uns als vollberechtigte Mitglieder willkommen.

Dieser Erklärung haben ausdrücklich zugestimmt:
1. sämtliche gegenwärtige Mitglieder des Reichstags,
2. sämtliche Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses der Freisinnigen Vereinigung mit Ausnahme der Herren Ernst und Peltzohn, die bisher, weil auf Reisen, nicht zu erreichen waren; ich hoffe aber, deren Zustimmung noch eher zu erhalten, als Sie von vorstehender Erklärung Gebrauch zu machen haben werden.

Es steht selbstverständlich nichts entgegen, daß Sie die Namen der Zustimmungenden mit der Erklärung bekannt geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst
A. Schrader.

Schon am 29. und 30. August soll zu Göttingen der achte nationalsocialistische Parteitag zusammenzutreten, der nach dem Vorschlage des Parteivorstandes den korporativen Uebertritt in die „Freisinnige Vereinigung“ beschließen soll. Raumann macht dem Parteitage für die Form dieser Verschmelzung folgende Vorschläge:

1. Wir lösen den Berliner Hauptverein auf und setzen in Zukunft den Wahlverein der Liberalen (Schrader, Warth, Gothein und ihre Freunde) als unsern politischen Mittelpunkt an. Ein Namenswechsel ist mit diesem Eintritt in eine befreundete Organisation nicht verknüpft, da wesentliche Unterschiede in politischen Hauptfragen heute nicht mehr bestehen. Es ist vorauszusetzen, daß wir in dem Maße unserer Wirksamkeit im Laufe der Zeit auch an der Leitung dieses politischen Körpers beteiligt sein werden. Die Bereitwilligkeit, uns willkommen zu heißen, ist auf der andern Seite vorhanden.

Demnach geht die nationalsocialistische Partei bedingungslos in das Lager der „Freisinnigen Vereinigung“ über, bedingungslos wenigstens soweit es sich um Prinzipienfragen handelt. Auch die neue Parteifirma „Socialliberale Partei“ ist noch nicht beschlossen; diese Bezeichnung wird vom „Berliner Tageblatt“ nur nebenbei gebraucht. Dagegen erwarten die Führer der bisherigen nationalsocialistischen Partei, daß sie in ihrer neuen Parteistellung nicht von der Fiele auf werden dienen müssen, sondern daß ihnen eine Beteiligung an der Repräsentation der Partei baldigst geschafft wird. In sehr temperamentvoller Weise setzt Professor Sohm seinen bisherigen Parteigenossen auseinander, daß sie sich dem Willen ihres Vorstandes fügen müßten:

Als feststehend darf betrachtet werden, daß Raumann die Leitung unseres Vereins als einer selbständigen Partei ansieht. ... Für uns alle gilt es, der Wahrheit ebenso unerschrocken ins Angesicht zu sehen und sie ebenso unerschrocken zu bekennen wie er. Die Wahrheit aber ist, daß ohne Raumann unsre Partei nicht bloß eine Partei ohne Körper, sondern überdies auch eine Partei ohne Haupt bedeuten würde. Die Bildung einer selbständigen nationalsocialistischen „Partei“ ist schon heute als endgültig gescheitert anzusehen.

Diese Thatsachen kann kein Beschluß eines Parteitages ändern. Der Parteitag ist gar nicht in der Lage, die Fortdauer der Partei zu beschließen. Darüber muß man sich im voraus klar sein. Durch Beschlässe können wir weder einen Parteikörper noch ein Parteihaupt schaffen. Wir stehen vor einer vollendeten Thatsache: eine nationalsocialistische „Partei“ besteht schon in diesem Augenblick nicht mehr.

In der nicht allzu ruhmreichen Geschichte der nationalsocialistischen Partei wird diese seltsame Art ihres Todes just auch kein erhabenes Moment bedeuten. Die Einsicht, daß diese Partei eine Totgeburt sei, ist ihren Vätern seit vielen Jahren von den Socialdemokraten gedreht worden — nun ist sie aber auf einmal gelommen. Ihre Resultat ist aber keineswegs der Uebertritt des „nationalen“ Socialismus zum internationalen, sondern seine Verkehrung zu dem entgegengesetzten Princip des Liberalismus. Daß die Fahrt dahin ging, ist allerdings schon längst bemerkt worden — nur die Landung erfolgt überraschend schnell.

Die nationalsocialistische Partei wie die Freisinnige Vereinigung sind zwar entschiedene Gegner der Socialdemokratie, aber im großen Ganzen sind sie auch ihre ehrlche Gegner gewesen. Wenn sich die socialdemokratische Partei in ihrer Polemik mit ihnen mehr als es ihrer numerischen Stärke entsprach, befaßte, so war es aus Freude darüber, manchmal auch mit reineren Waffen, als man es sonst getohnt war, den eignen Degen kreuzen zu dürfen. Aber auffällig ist doch die Begründung der Fusion durch die Behauptung, daß „wesentliche Unterschiede in politischen Hauptfragen zwischen ihnen nicht mehr beständen“.

Hat man denn so schnell daran vergessen, daß die nationalsocialistische Partei eine neue Partei des „proletarischen Socialismus“ sein wollte, daß man heute so ohne weiteres mit klingen Spiel ins Lager des großbürgerlichen Kapitalismus abräumen darf? Manche freilich, wie der wadere Professor Sohm, werden gewiß tobend sein, daß die pseudo-socialistische Farce zu Ende gespielt ist, daß aber bei allen Parteimitgliedern der Socialismus so wenig tief gefesselt ist, daß er ihnen durch ein Handschreiben ihres Führers abgestreift werden kann — so tief haben auch die schärfsten Beurteiler die winzige Gesamtheit der „nationalsocialistischen“ doch nicht eingeschätzt.

Man bedenke, daß die Freisinnige Vereinigung principell noch immer auf dem Programm von 1884 steht, in dem es heißt:

Förderung der Volkswohlfahrt auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung. Bekämpfung auch des Staatsocialismus (1), sowie der auf Bevormundung (2) und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrslebens ... gerichteten Maßregeln.

Mag sein, daß sich die „socialliberale Partei“ ein neues Programm gibt, in welchem diese fossilen Reste eines reinen Mandatprogramms beseitigt werden. Aber eine Partei kann ihren Ursprung ebenso wenig verleugnen wie ein Kind die Ähnlichkeit mit seinen Eltern. Auf Grund dieses gegen den Socialismus gerichteten Programms hat die freisinnige Vereinigung ihren stärksten Anhang unter den Großkapitalisten gefunden, die an der „Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung“ und gegen jeden „auch den Staatssozialismus“ allerdings hervorragend beteiligt sind.

Tatsächlich besteht zwischen dem weiland „proletarischen Socialismus“ und der freisinnigen Vereinigung nur in einem Punkte grundsätzliche Meinungsähnlichkeit, im Punkte des Militarismus. Ihren freihändlerischen Standpunkt hat die national-socialistische Partei doch erst nach längerem Zaudern gefunden. Der moderne Militarismus aber, zumal das deutsche Junkerthum, ist mit dem Gedanken des wirklichen Liberalismus ebenso wenig zu vereinigen wie mit dem des wirklichen Socialismus. Im gemeinsamen Kampfe gegen liberale und sociale Logik hat sich der „Socialliberalismus“ zusammengefunden.

Das traurige Ende der national-socialistischen Partei, die windige Vermischung der tiefsten Gegensätze, die die Welt von heute spalten, zur „socialliberalen“ Einheit, beweist nur, daß es keinen Socialismus außerhalb der Socialdemokratie geben kann weder einen „nationalen“ noch einen „christlichen“, noch einen „gemäßigten“ oder „opportunistischen“.

Sieht man von dieser höchst lehrreichen principiellen Seite des neuesten parteipolitischen Ereignisses ab, so bleibt freilich nichts als der ungewollte Humor übrig, der in dem Bündnis der beiden politischen Disputantenreife liegt. Wenn das „socialliberale“ Organ des Herrn Rudolf Mosse schreibt, „ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Wege, der zur Ausfrischung der großen liberalen Partei der Zukunft führt“, sei gethan — so ist das doch ein Bohlentopf von Begeisterung, in dem die beiden großen Alliierten getrost ein Bad nehmen können. Für eine Partei des wirtschaftlichen Liberalismus ist in der Welt, das hat man oft genug und nicht zuecht von ebendem national-socialistischen Freiheit aber zu begründen, dazu bedarf es glücklicherweise keines Briefwechsels mehr zwischen Kaumann und Schrader. —

Deutsches Reich.

Zur Statistik des socialdemokratischen Vormarsches.

Während 1898 nur in einem Kreise (Leipzig-Land) die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten für den socialdemokratischen Kandidaten gestimmt hatte, ist bei der Wahl am 16. Juni dies Ziel in 13 Wahlkreisen erreicht worden, nämlich in Berlin IV, Altona, Hamburg I, Hamburg II; ferner in folgenden sächsischen Kreisen: Sachsen 4 (Dresden-Neustadt), 8 (Dresden-Land), 13 (Leipzig-Land), 15 (Mittweida), 16 (Chemnitz), 20 (Glauchau-Meerane), 18 (Zwickau), 19 (Stolberg), 22 (Reichenberg).

Nach dem Prozentsatz der stimmenden Wähler berechnet, haben die socialdemokratischen Kandidaten erhalten:

Ueber 70 Proz. der abgegebenen Stimmen in 4 Kreisen: Berlin 4 77,0 Proz., Glauchau-Meerane 73,1, Hamburg 2 72,8, Berlin 6 71,2.

Ueber 60 Proz. in weiteren 11 Kreisen: Altona 69,5, Leipzig-Land 69,1, Stolberg-Schneeberg 67,7, Hamburg 1 67,2, Zwickau 67,1, Chemnitz 66,9, Dresden-Land 65,7, Mittweida 62,6, Dresden-Neustadt 60,1, Berlin 3 60,0, Niederbarnim 60,0.

In den übrigen 41 Kreisen, die wir in der Hauptwahl eroberten, stellt sich der Prozentsatz folgendermaßen:

Sachsen 8 (Pirna) 59,7, Sachsen 22 (Reichenberg) 59,4, Berlin 4 58,6, Sachsen 20 (Bischopswerde) 57,9, Düsseldorf 3 (Solingen) 57,2, Mittelfranken 1 (Kürnbach) 57,1, Sachsen 21 (Annaberg) 56,8, Gollstein 7 (Riel) 56,3, Hamburg 3 und Oberbayern 2 (München 2) je 56,2, Meiningen 2 (Sonnenberg-Saalfeld) 56,0, Berlin 2 55,6, Potsdam 10 (Teltow-Storlow) 55,5, Meuß j. L. und Sachsen 7 (Weichen) je 55,1, Sachsen 5 (Dresden-Altfeld) und Lübeck je 55,0, Breslau 10 (Waldenburg) 54,9, Württemberg 1 (Stuttgart) 54,7, Hannover 8 (Stadt Hannover) 54,5, Sachsen 10 (Döbeln-Rothwein) 54,4, Breslau 7 (Breslau-West), 53,9, Schwarzburg-Rudolstadt 53,5, Breslau 11 (Reichenbach) und Merseburg (Nannenburg) je 53,3, Sachsen 2 (Lößau) 53,2, Gollstein 6 (Ottensen-Pinneberg) 52,4, Braunschweig 1 (Stadt Braunschweig) 52,1, Sachsen 23 (Plauen), Regensburg 7 (Mehrsleben) und Sachsen-Altenburg je 51,6, Düsseldorf 2 (Elsfeld) und Hessen 4 (Darmstadt) je 51,3, Merseburg 4 (Halle-Saalkreis) 51,2, Bremen 51,1, Mecklenburg 5 (Rostock) 51,0, Sachsen 1 (Pittau) und Meuß a. L. je 50,5, Potsdam 8 (Westhavelland) 50,2, Stettin 3 (Randow-Greifenhagen) und Gotha je 50,1.

Die Socialdemokratie hatte in den 25 Kreisen, in denen sie in der Stichwahl siegte, bei der Hauptwahl mit folgendem Prozentsatz abgeschnitten:

Königsberg 3 (Stadt Königsberg), Magdeburg 4 (Stadt) und Wiesbaden 6 (Frankfurt a. M.) je 49,4, Düsseldorf 1 (Rennweg-Mettmann) 49,1, Hessen 9 (Mainz) und Sachsen 9 (Freiberg) 48,7, Breslau 6 (Breslau-Ost) 48,5, Baden 11 (Mannheim) 48,2, Stettin 4 (Stadt Stettin) 47,1, Weimar 1 (Apolda) 46,8, Sachsen 12 (Leipzig-Stadt) 46,5, Sachsen 14 (Vorna-Pegau) 46,4, Pfalz 1 (Speyer) und Frankfurt 4 (Frankfurt-Zeuss) je 45,5, Sachsen 11 (Dörsch) und Baden 9 (Forzheim) je 44,7, Oberbayern 1 (München 1) 44,0, Arnberg 6 (Dortmund) 42,8, Württemberg 5 (Eßlingen) 42,2, Gollstein 10 (Lauenburg) 40,9, Württemberg 10 (Göppingen-Gmünd) 39,8, Baden 10 (Karlsruhe) 38,2, Arnberg 5 (Vöckum) 35,5, Württemberg 4 (Vödingen-Baltingen) 32,3, Gollstein 2 (Hensburg) 31,4.

Weiteres Wahlstatistisches.
Der „Königlichen Zeitung“ entnehmen wir einige weitere interessante Wahlfeststellungen.

Die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen schwankte zwischen 9551 und 183 076. Mehr als 100 000 Wahlberechtigte weisen sechs Wahlkreise auf: Hamburg III 109 796 (1898: 96 859), München II 110 212 (88 641), Berlin IV 115 851 (96 524), Bochum 132 177 (108 441), Berlin VI 164 932 (142 226) und Teltow-Charlottenburg 183 076 (134 993). In allen diesen sechs Kreis-Wahlkreisen sind Socialdemokraten aus der Wahl hervorgegangen. Wahlkreise mit weniger als 15 000 Wahlberechtigten gibt es 12; fast alle Parteien außer der Socialdemokratie sind an ihrer Vertretung beteiligt. Es sind die Wahlkreise: Angerburg-Löben in Ostpreußen, Deutsch-Arone in Westpreußen, Neustettin in Pommern, Frankfurt-Lissa in Polen, Krotoschin in Polen, Löwenberg in Schlesien, Herzogtum Lauenburg, Koburg, Waldeck, Schaumburg-Lippe, ferner Gebweiler und Rappoltsweiler im Elsaß. Der Wahlkreis mit den wenigsten Wahlberechtigten ist das Fürstentum Schaumburg-Lippe; es zählt nur 9551 Wähler. —

Die Stärke der Wahlbeteiligung schwankte zwischen 92,6 und 47 Proz. der Wahlberechtigten. Bei der Wahl im Jahre 1898 gab es keinen einzigen Wahlkreis mit einer Wahlbeteiligung von mehr als 90 Proz.; bei der diesjährigen Wahl gab es vier solcher Wahlkreise: Wirsitz-Laubitz in Polen mit 92,6 Proz. (1898: 87,8 Proz.), Bremen mit 91,8 Proz. (80,1), Lübeck mit 90,3 Proz. (80,1) und Gogenu-Weissenburg mit 90,1 Proz. (81,7). In Wirsitz-Schubin

endeite der hartnäckige Kampf der vereinigten Deutschen gegen die Polen mit dem Siege der letzteren; der Pole v. Garkinski erhielt 11 783, der Landrat Graf Wartenleben 10 459 Stimmen; von 24 053 Wahlberechtigten hatten 22 288 gewählt. In Bremen unterlag der bisherige Abg. Frese mit 23 998 gegen 25 078 socialdemokratische Stimmen; von 53 480 Wählern gaben 49 087 gültige Stimmen ab. In Lübeck siegte die Socialdemokratie mit 11 155 gegen 9104 Stimmen; hier wählten 20 263 von 22 427 Wahlberechtigten. In diesen drei Wahlkreisen wurde der Kampf gleich in der Hauptwahl entschieden. In Hagenau-Weissenburg kam es zur Stichwahl, und dabei siegte die Wahlbeteiligung auf 92,6 Proz. Prinz Alexander zu Hohenhausen-Schillingfürst verlor das Mandat an die Merkelen mit 12 985 gegen 18 282 Stimmen.

Wahlkreise mit mehr als 80 Proz. Wahlbeteiligung gab es diesmal 120, also fast ein Drittel aller Wahlkreise; im Jahre 1898 waren es deren nur 41. Weniger als 50 Proz. Wahlbeteiligung hatten nur drei Wahlkreise: Passau in Niederbayern 49,9 Proz. (1898: 44,8 Proz.), Deggendorf in Niederbayern 47 Proz. (32,5 Proz.) und Fürstentum Lippe 48 Proz. (38 Proz.). Im Jahre 1898 gab es 26 Wahlkreise mit weniger als 50 Proz. Wahlbeteiligung; meist sind es „bombensichere“ Centrumsdomeänen.

Einzelne Staaten und Provinzen zeichneten sich durch eine besonders hohe Wahlbeteiligung aus: Mecklenburg-Schwerin, das bei sechs Wahlkreisen fünf mit mehr als 80 Proz. aufweist; das Königsreich Sachsen, von dessen 23 Wahlkreisen 19 mehr als 80 Proz. Wahlbeteiligung zeigten; die preussischen Provinzen Westpreußen, Schlesien und Posen; ferner die Pfalz, Baden und Elsaß-Lothringen. Kein einziger Wahlkreis mit mehr als 80 Proz. Wahlbeteiligung ist zu finden in Berlin, in Ostpreußen, in Württemberg und in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Köln und Aachen.

Auf dem Wege zur Besserung. Nun soll auch für die Brandenburgischen und Posener Ueberschwemmungsgebiete etwas unternommen werden. Ueber Brandenburg wird am Donnerstag konferrirt. Bezüglich Posen meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

Unter dem Vorsitz des Finanzministers Frhrn. v. Rheinbaben fand heute im Finanzministerium unter Leitung von Vertretern der Minister für geistliche Angelegenheiten, für Landwirtschaft, des Innern und für öffentliche Arbeiten eine Beratung über die aus Anlaß der diesjährigen Ueberschwemmungen in der Provinz Posen zu treffenden Maßnahmen statt. An der Beratung nahmen der Oberpräsident Thon aus Posen, in Vertretung des dortigen Oberpräsidenten, sowie der Landeshaupmann v. Dziembowski teil. Beide erklärten, daß, soweit sich gegenwärtig übersehen lasse, nennenswerte Schäden an öffentlichen Gebäuden, an Wohnstätten sowie an Brücken und ähnlichen Anlagen nicht eingetreten seien, daß es dagegen erforderlich sei, für die Erhaltung des Nahrungsstandes der durch die Ueberschwemmung Betroffenen, unter denen sich zahlreiche kleine Besitzer befänden, zur Beschaffung von Saatgut und Futtermitteln sowie zur Sanierung der Wohnungen und Brunnen und zu sonstigen gebotenen sanitären Maßregeln alsbald Mittel zur Verfügung zu stellen. Für die nächsten Maßnahmen wurde seitens der genannten Vertreter ein Betrag von 300 000 Mark als notwendig bezeichnet, von welchem seitens des Finanzministers vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages sofort 270 000 M. à fonds perdu zur Verfügung gestellt wurden, während der Vertreter der Provinz die Gewährung einer Beihilfe von 30 000 M. à fonds perdu glaubte in Aussicht nehmen zu können.

Wertwärtigerweise ist „für die Erhaltung des Nahrungsstandes der durch die Ueberschwemmung Betroffenen“ in Schlesien trotz Hungertypus noch nichts geschehen. Nur in Posen will man das Pferd am Kopfe aufzäumen, in Schlesien thut man's am Schwanz. — Uebrigens wird man auch in Posen mit den 300 000 M. nicht weit kommen, denn der Schaden beläuft sich auf Millionen. Und überdies müssen auch in Posen die „in der Erhaltung ihres Nahrungsstandes“ — das heißt aus dem Amtsbuch überseht, die mit von Hungergefahr bedrohten — den Gürtel bis auf weiteres enger schnallen. Denn die „Nordd. Allg.“ fährt fort:

Im übrigen herrschte Einverständnis, daß auch hier die Entschliebung über die weiter erforderlichen Maßnahmen vorbehalten bleiben müsse, bis die näheren Ermittlungen über den Umfang des Schadens und die Höhe der erforderlichen Beihilfen zum Abschluß gelangt sind.

Der Schaden, der durch Mangel an Brot eintreift, hat erfahrungsgemäß die Reue, im Laufe der näheren amtlichen Ermittlungen immer größer zu werden, bis schließlich nur mehr die „nähere Ermittlung“ der Todesursache notwendig ist, die dann allerdings in kürzester Zeit erfolgt. —

Rosenkranz oder Dynamit? In ihrer „Kirchlichen Vierteljahrs-Rückschau“ legt die evangelisch-konservative „Kreuz-Zeitung“ der Vormacht der Reaktion, dem katholischen Centrum, verbiente Schuldigungen zu. Für den Kampf gegen Rom ist die Zeit vorbei, und heftig eifert sie gegen die Geschichteten, die mit den Geschorenen nicht in Reich und Glied stehen wollen. In ihrer Phantastik sieht sie schon die antirömischen Pastoren der Socialdemokratie gegenüber dem Centrum als das kleinere Uebel betrachten und empört ruft sie aus:

Es ist eine Blindheit ohne gleichen. Und religiös wie politisch betrachtet ist sie gleich verhängnisvoll. Leben denn die Leute nicht mehr in der Welt der Wirklichkeit? Das Centrum schlümmer als die Socialdemokratie — auch in nationaler Hinsicht?! Der katholische Geist gefährlicher als der alles verneinende des Atheismus?! Der Rosenkranz ruinöser als das Dynamit?! Das ist nicht mehr zu verstehen.

Die „Kreuz-Zeitung“ unterschätzt uns. Wir arbeiten beamtlich jezt nur mehr mit Kraft, Meißel, Säge und Hammer. Und gegen die vermag sogar ihr neuer Rosenkranz nichts mehr. Nicht verschweigen wollen wir aber, daß wir uns bedeutenden Fortschritte in unserer revolutionären Norddeutsche in den militärischen Artikeln der „Kreuz-Zeitung“ verdanken, die wir ebenso hochschätzen wie ihre weihwasserlichen und rosenkranzlichen Erbauungen. —

Landtagswahl-Vorbereitungen. Die „Volksmacht“ in Breslau berichtet: Mit den bevorstehenden Landtagswahlen beschäftigte sich der Socialdemokratische Verein in seiner Mitgliederversammlung, die sich guten Besuchs erfreute. In der Debatte wurde die Notwendigkeit betont, daß die Bezirksführer schon jezt nach Wahlmännern Umschau halten und in jedem größeren Straßenviertel einen solchen zu gewinnen trachten. Ferner sollen alle Wähler rechtzeitig aufmerksam gemacht werden, daß sie bei der Landtagswahl einige Arbeitsstunden opfern müssen, wenn sie ihr Recht ausüben wollen. Sodann fand eine Aussprache über die Person der Kandidaten statt und wurde dem Wahlkomitee nahegelegt, die Kandidatur den Genossen Debel, Singer, Kernstein, Brubus und in Ablehnungsfälle noch einigen andern Genossen anzutragen.

Wie die Frankfurter „Volksstimme“ mitteilt, hat die Parteileitung beschlossen, diesmal selbstständig in den Landtags-Wahlkampf einzutreten und — vorbehaltlich der Zustimmung des Socialdemokratischen Vereins — Dr. Duara und Wilhelm Schmidt als Kandidaten für Frankfurt a. M. aufzustellen. —

Ein Polizist.

Wie überaus schwer es ist, gegen einen Polizisten, selbst wenn dieser der schändlichste Uebelthäter ist, Recht zu finden, zeigt ein Fall, der soeben vor der Strafkammer in Hirschberg seinen Abschluß fand. Der „Vote aus dem Riesengebirge“ berichtet:

In Liebau fand in der Selbsternacht in „Aronprinz“ ein Vergnügen statt. Hierbei gerieten im Saale einige Glasmacher in ganz unbedeutenden Wortwechsel. Ohne jede Berechtigung mißte sich der anwesende Polizeiergeant Franz Vähr aus Liebau in diese Zwistigkeiten; die Glasmacher können sich jedoch nicht besonders darum, verließen vielmehr in aller Ruhe den Saal. Vähr folgte

ihnen aber und saßte an der Treppe den Glasmacher Wehrig, der vorher gegen die Einmischung des Polizisten Verwahrung eingelegt hatte, am Arme. Wehrig gliht hierbei aus, stürzte die Treppe hinunter und riß einen andern Glasmacher mit. Nichtsdestoweniger legten die jungen Leute ihren Weg ruhig fort. Der Polizeiergeant rief ihnen aber nach: Da kommen die Glasmacher-Jungen her, um Krach zu machen! Wehrig antwortete mit einem: „Sie waren ja eher Junge wie wir!“ Im Nu war Vähr jezt unten, sahnte den Wehrig und erklärte ihn für verhaftet. Dabei kamen die beiden Männer zu Fall. Wehrig erklärte sofort, er werde ganz ruhig mitgehen. Nichtsdestoweniger zog Vähr den Säbel und hieb den ruhig mitgehenden Wehrig in die Seite und schließlich auch mit der blanken Waffe über den Kopf. Vor der Polizeiwache hat Wehrig noch einmal, Vähr möge ihn gehen lassen. Vähr lehnte dies ab, zog vielmehr im Gange vor der Zelle nochmals blank und schlug den Wehrig, der ihn hat, ihn zu schonen, da er ja schon blute, noch mehrmals über den Kopf. Dann hieb V. den Wehrig in die Zelle. Hier wurde er am andern Morgen vom Aufseher des Polizeigefängnisses über und über blutend gefunden. Auch auf dem Gange und in der Zelle waren Blutspuren zu sehen. Es wurde dann auf dem Polizeibureau von einem andern Polizeiergeanten zu Protokoll genommen. Als dieser Beamte verschiedentlich abberufen wurde, benutzte Vähr die Gelegenheiten zu neuen Mißhandlungen. Wehrig mußte sich alsbald in ärztliche Behandlung zur Vernähung seiner Wunden begeben. Natürlich folgten diesen unerhörten Vorgängen der Strafprozeß auf dem Fuße. Wehrig, der von dem Polizisten mit dem Säbel blutig geschlagene Mann, nicht etwa der Polizist, wurde wegen widerrechtlicher Verhaftung und Körperverletzung im Amte gegen Vähr erhoben. Heute behauptet Vähr, der 35 Jahre alt und schon längere Zeit im Polizeidienst thätig ist, er habe Wehrig verhaftet, weil dieser auf der Straße gelarmt habe. Von seiner Waffe habe er Gebrauch machen müssen, weil V. ihn mehrmals heftigen Widerstand geleistet habe. Die heute als Zeugen vernommenen Glasmacher bestreiten das jedoch entschieden. V. behauptet allerdings, die Glasmacher seien alle Socialdemokraten und auf die Polizei nicht gut zu sprechen, ihre Glaubwürdigkeit sei daher zweifelhaft. Die brutalen Ausschreitungen des Polizisten werden jedoch übereinstimmend mit der Darstellung der Glasmacher von andern gänzlich unbeteiligten Zeugen bewiesen. Der Staatsanwalt nennt das Verhalten des Angeklagten empörend und beantragt ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf neun Monate Gefängnis und Aberkennung der Berechtigung zum Vorkurs öffentlichen Beamter auf drei Jahre. Nach der Ansicht des Gerichtshofes ist erwiesen, daß Angeklagter sich sowohl der widerrechtlichen Verhaftung als auch der Mißhandlung im Amte schuldig gemacht hat. V. habe keinen Grund gehabt, den V. zu verhaften, noch viel weniger aber ihn derart zu mißhandeln. Er habe in brutaler Weise seine Amtsbefugnisse überschritten. Veralt sei sein Auftreten vom Anfang bis zum Ende des Vorfalls gewesen. Er habe auch die ganze Sache direkt provociert. Aus allen diesen Gründen könne von Jubilierung mildernder Umstände keine Rede sein, wenn Vähr auch noch unbetroft sei. —

Ueber Lehren und Folgen des Reichstagswahl-Ergebnisses

iprach Genosse Volmar am Montag in München. Wie wir schon bei früherer Gelegenheit aus den Wählerfolgberachtungen unserer Parteipresse Anzüge gaben, so teilen wir das wichtigste aus der Rede Volmars mit.

Volmar besprach zunächst die gegnerischen Parteien, er sagte hierbei u. a., wie wir dem Bericht der „Münchener Post“ entnehmen, über das Centrum:

Das Centrum hatte viel auf die katholischen Arbeiter gehofft und an Versuchen, die Arbeiterkraft durch Sonderorganisationen zu spalten und sie vor den eignen Parteivogeln zu sperren, hat es nicht gefehlt. Aber der Erfolg aller dieser Bemühungen war recht mäßig. Das hat sich besonders im Rheinlande und Westfalen, der Centrumsdomeäne, gezeigt, wo gerade die Socialdemokratie riesenhaft gewachsen ist. Man braucht auch nur auf Oberbayern, auf München I und II hinzuweisen, um zu zeigen, daß der Religionskrieg recht geringe Wirkungen hatte. Die katholischen Arbeiter haben massenhaft für die Socialdemokratie gestimmt und alles spricht dafür, daß es auch in Zukunft so weiter geht. In den Großstädten und Industriebezirken geht das Centrum zurück, und nur dort, wo die kleinstädtliche und ländliche Bevölkerung angeschlossen ist, hat es einwärtigen noch seine Stellung zu behaupten vermocht. Verzieht sich schon dadurch das Schwergewicht des Centrums nach der reaktionären Seite, so wird es auch durch seine ganze Politik in der gleichen Richtung gedrängt. Ich will nur auf die Thatsache hinweisen, daß während der vergangenen beiden Reichstage das Centrum sich fast im Galopp aus einer Oppositions- in eine Regierungspartei umgewandelt hat. (Sehr richtig!)

Sodann behandelte der Redner die eigne Partei:

Es giebt zwei Sorten von Erfolg: Den Augenblicks-, den des Zufalls, die List und Gewalt des einen und die Schwäche des andern geboren hat. Die blinde Anbetung dieses Erfolges haben wir immer gering geschätzt und belächelt. Wenn aber eine Bewegung, die von ihrem Anfang an und auf ihrem ganzen Wege alles, was Macht hat in Staat und Gesellschaft in rücksichtslosen Kämpfen gegen sich sieht, alle gegen sie aufgeworfenen Hindernisse aus eigener Kraft überwindet und nun solche jeder Berechnung spottenden Siege gewinnt, dann ist das wahrhaftig kein Zufallserfolg, sondern ein Kennzeichen und Beweis ihres Rechtes. (Stürmische Zustimmung.) Das soll nicht heißen, daß wir uns deswegen für unerschütterlich halten und meinen, daß alle unsere Handlungen gleich gut seien. Eine solche Selbstgefälligkeit wäre unser unwürdig und gefährlich. Wir werden immer suchen müssen, unsere Fehler zu entdecken, auch wenn sie durch sehr viel größere Fehler unserer Gegner übertagt werden. Wohl aber haben unsere Wählerfolge aufs neue und deutlicher als je gezeigt, daß die Socialdemokratie nicht, wie gewisse Leute meinen, eine „vorübergehende Erscheinung“ (Große Heiterkeit.) ist, eine Flut, die schnell wieder zurückgeht, sondern ein aus solidem Material gebautes, jedem Angriff widerstehendes Fahrzeug, das sich mit ruhiger Sicherheit auf der rechten Bahn bewegt und dem erstrebten Ziel zusteuert, der Eroberung der politischen Macht zur Erlösung des unterdrückten Volkes. (Anhaltender Beifall.)

Ich habe niemals behauptet, daß ich Sehergaben besitze, und weiß auch nicht, wie lange der Kampf noch dauert, noch unter welchen Umständen wir den Sieg erringen werden, aber das Eine weiß ich: Eine Partei, die im Kampfe mit staatlichen und gesellschaftlichen Mächten bereits die anerkannte Vertretung eines Drittels des deutschen Volkes geworden ist und über deren unaufhaltbare Weiterentwicklung so wenig Zweifel besteht, daß die Gegner schon vor den kommenden Wahlen Angst haben, diese Partei ist heute ein notwendiges vitales Element der weiteren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Reiches. Sie ist die Partei der nationalen Zukunft und besitzt heute auf politischem Gebiete einen Einfluß ersten Ranges. Allerdings kommt dieses heute nicht so zur Erscheinung, wie es wäre, wenn die Wahlgesetze besser und nicht so eingerichtet wären, die Größe der Partei nicht zum Ausdruck kommen zu lassen. Wenn wir eine Berechnung anstellen, so sehen wir, daß uns durch ein rechts- und geschwändriges Plural-Wahlrecht der dritte Teil der uns zukommenden Mandate genommen ist. Hätten wir ein Proportional-Wahlrecht, so müßte heute schon die socialdemokratische Fraktion 125, statt 81 Mandate haben. Darauf bauen auch die Mehrheitsparteien und suchen dem deutschen Volke die Ergebnisse seiner letzten Anstrengungen wieder zu rauben, um die alte Herrschaft in jetzigen Geleise fortführen zu können. Sie haben nur eines vergessen, daß die Zahl auf politisch-parlamentarischem Gebiete zwar viel, aber nicht alles ist, und daß eine kraftvolle Minderheit, die von dem Willen des Volkes getragen wird,

sehr viel vermag. Die socialdemokratische Fraktion hat die Regierung schon manchenmal weis getrieben und die Zahl von 81 socialdemokratischen Abgeordneten in einem Reichstag, der nur alle heilige Zeit einmal beschlussfähig ist (Heiterkeit), gibt uns eine ganz andre Machtstellung, als es bisher der Fall war. Schon beim Abschluss der Handelsverträge kann die Regierung von der Socialdemokratie abhängig sein, und die Fälle können sich mehr, in denen sie auf uns angewiesen ist. Denn wo immer sie genötigt ist, moderne Forderungen im Interesse des Staatsganzen durchzusetzen, um der dringenden wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung entgegenzutreten, wird sie mit uns rechnen müssen. (Lebhafte Beifall.)

So viel ist sicher, daß mit der jetzigen Entwicklungsphase der schwerste Teil unserer Aktion begonnen hat. Mit unserer vergrößerten Position im Reich und im Reichstage ist unsere Aufgabe — und nicht nur quantitativ — gewaltig gewachsen, und wir werden alle Kräfte aufzubieten haben, um den sich daraus ergebenden Pflichten gerecht zu werden und das von den Wählern in uns gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Ich kann nur sagen, daß wir Socialdemokraten durchaus gewillt sind und nichts Besseres verlangend, als unsere jetzige Position dazu anzutenden, auch positiv gestaltend, reformierend an den großen nationalen Kulturaufgaben mitarbeiten zu können (Beifall); und es wird sich nur zu zeigen haben, wie weit uns nicht der Widerstand der gegnerischen Mächte daran hindert.

Weiter behandelt Vollmar die Frage der Teilnahme am Reichstags-Präsidium. Er erklärt, daß er den Zeitpunkt und die Art, wie Bernstein diese Frage in die Diskussion gebracht habe, nicht für richtig gewährt halte. Aber er mißbilligt die Art der Kritik, die Vebel gegen Bernstein geübt habe, sowie die auffälligen Formen, in denen diese Kritik in der „Neuen Zeit“ erschien. Sodann führt Vollmar noch einer Darstellung des bisherigen Standes der Frage zur Sache selbst aus:

Die Diskussion innerhalb der Partei geht nun darüber: einmal ob wir die gestellte Bedingung übernehmen können, und dann, ob die Sache bedeutend genug ist, eine solche Entscheidung zu treffen. Nach meiner Ansicht ist letztere Frage, also ob die Vorteile oder Nachteile überwiegen, durchaus einer ernstlichen Erwägung wert, und sie kann auch allein ausschlaggebend sein. Nur ist soviel gewiß, daß die Frage keine solche erster Ordnung, keine weltbewegende ist, und ich bin wirklich der letzte, der ihr eine übertriebene Bedeutung beilegen und unsere Teilnahme am Präsidium als unter allen Umständen wertvoll hinstellen möchte. Aber ebenso verkehrt ist es, sie als etwas völlig bedeutungslos und gleichgültiges hinzustellen. Schon die bloße Existenz eines socialdemokratischen Präsidiums, und der Gedanke, daß er von etwa geplanten Parteilisten vorher erfahren und dagegen eintreten könnte, würden sehr nützlich und ein loyales Verfahren sichernd wirken können. Nun können und werden aus unserer Teilnahme am Präsidium der Partei zweifellos nicht unerhebliche Schwierigkeiten erwachsen, und die Würde würde in der That keine leichte Bürde sein; man denke nur an die Konflikte, in welche die gegnerischen Parteien unseren Vizepräsidenten verwickeln könnten, und die an die Umsticht und den Takt desselben große Anforderungen stellen würden. Aber seit wann ist es denn Mode in der Socialdemokratie geworden, vor Schwierigkeiten zurückzuschrecken, anstatt sie zu überwinden? (Lebhafte Beifall.) Und haben wir nicht schon Schwierigkeiten ganz anderer Art überwunden? (Sehr richtig!)

Nun wird freilich gesagt: ein Socialdemokrat könne sich unmöglich einem Monarchen vorstellen, denn das wäre ein „Opfer der Ueberzeugung“, eine „unserm Prinzip widersprechende Handlung“. Und dann wird die ganze Schrecklichkeit und Niedertretlichkeit des „Ruhsehens“ mit kräftigen Farben geschildert. Diese und ähnliche Aeußerungen über eine „entwürdigende Haltung“, die uns zugemutet werde, seien hitzige Ueberreibungen oder Stimmungsmache. Ein formeller Staatsbesuch, eine gegenseitige Begrüßung, selbst eine Ansprache, die nicht gesucht werden, sondern in Ausübung eines parlamentarischen Amtes stattfinden, können doch unmöglich mehr verbinden, als ein Verhältnis, wie der Verfassungsbild in den Einzelstaaten. Wenn wir Pariseren genaug wären, um zu glauben, daß schon die bloße wie immer gestaltete Verührung mit einem Fürsten unsere Prinzipien verderbe, mit welchem Sinn und Verstand sollten wir dann unseren Abstemmungs lediglich auf den obersten Repräsentanten der Monarchie beschränken und nicht ebenso auch den Verkehr mit andern hohen Vertretern derselben, wie den Ministern, verweigern? Und dann sind wir doch keine bürgerlichen Republikaner, deren Denken sich in der Staatsform erschöpft, sondern uns sind wichtiger noch die gesellschaftlichen Einrichtungen. Folgerichtig dürfen wir dann eigentlich auch nicht mit deren hervorragenden Vertretern in persönliche Verührung treten. Man sieht die Widersprüche, in die man gerät. Das zweifelhafte Verhältniß in der Abneigung gegen ein Zusammentreffen mit Fürsten ist das Gefühl des Abscheus vor der gefümmungs- und würdelosen Liebedienerei und Schleppeuterei, von der wir täglich Zeuge sind. Aber dies berechtigende Gefühl darf nicht zu einem Formalismus, einer Verweigerung der Form mit der Sache führen, die dadurch nicht vernünftiger wird, wenn sie ein pseudorevolutionäres Gewand trägt. Entscheidend kann doch unmöglich das Zusammentreffen als solches sein, sondern vielmehr dessen Zweck und die Art, in welcher es vor sich geht: ob man als Laie oder als freier und Gleicher handelt, ob man aus eigenem Antrieb und zu eigenem Vorteil oder Behagen, oder aber in Wahrnehmung eines Amtes, als Repräsentant der Gesetzgebung hingeht. Ganz ähnlich, wie ja die meisten auch vor den Ministern kniend und schmeicheln und Vorteile zu ergattern suchen, was uns aber doch nicht hindert und hindern kann, mit den Herren — insbesondere auch im Landtag — Verkehr zu pflegen und in einer fortgesetzten Fühlung zu stehen, wie sie zur richtigen Erfüllung unserer Pflichten als Volksvertreter notwendig ist und sicher unserer Selbstständigkeit und der Entschiedenheit in Vertretung unserer Grundzüge nie geschadet hat.

Im übrigen würde eine negative Entscheidung der Präsidentenfrage gar keine Lösung, sondern lediglich ein Hinüberschieben der Lösung sein. Denn bei der nächsten Wahl wird die Frage wieder kommen. Und was soll dann werden, wenn wir die erste Partei geworden oder wenn wir später einmal die Mehrheit sein werden? Und ferner, wenn wir so stark sein werden, daß uns endlich auch der gebührende Anteil an der vollziehenden Gewalt zufallen muß — sollen wir alsdann auch unser Handeln durch solche Formeln lähmen lassen? Nein, ich glaube, daß dieser ganzen Sache viel zu viel Bedeutung beigelegt wird, wie ich auch behauere, daß mich die Umstände nötigen, selbst so viele Worte darauf zu verwenden. Das entscheidende Moment in der Präsidentenfrage liegt, wie ich bereits gesagt habe, wo anders — es handelt sich darum, ob die zu erwartenden Vorteile die Nachteile aufwiegen oder umgekehrt. Aber daß ein Socialdemokrat sich etwas vergeblich, wenn er als Vertreter des Reichstages mit dem verfassungsmäßigen Reichsoberhaupt zusammentrifft, das bestreite ich. Wisse er seinen Mann zu stellen — und ich denke, daß man dies Vertrauen in den von uns zu Wählenden wird haben können —, so wird er vielmehr viel dazu beitragen können —, die Würde der Volksvertretung wirksam zur Geltung zu bringen. (Beifall.) Und wenn der Kaiser etwa die Wahrheit wissen will, dann würde er sie hören — er könnte es notwendig brauchen! (Stürmischer Beifall.)

Ich sehe die Sache also als eine Frage der Machterweiterung der Partei an und bin der Meinung, daß diese uns und das Recht und die Pflicht auferlegt, uns an der Führung der Geschäfte zu beteiligen und die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen.

Vollmar schloß mit den Worten: Wir immer nun sich diese und alle andern parlamentarischen Machtfragen gestalten mögen, unsere Aufgabe wird unter allen Umständen die sein, noch energischer als bisher weiterzuarbeiten und alle Machtfaktoren des parlamentarischen Lebens auszunutzen, um unsere Ideale ins Leben zu setzen. Dazu ist aber nötig, daß wir nicht auf unsren Vorbeeren ausruhen und uns nicht verführen lassen, in unsren Anstrengungen zu erlahmen. Wir müssen für unsere Bestimmung werden und unermüdet thätig sein für unsere Organisation. Wenn wir heute ein Machtfaktor sind, so

wären wir ohne Organisation wie Staub vor dem Winde und jedem Zufall preisgegeben. Nur in der Organisation lernt man mit That und Worten wirken. Nur der Rückhalt, den sie uns im Kampfe giebt, schafft uns Anhang und den Glauben an unsere Ideale und der ist es, der uns stark, der uns unwiderstehlich macht. (Langanhaltender Beifall.)

Wir haben zu den Ausführungen Vollmars diese Bemerkungen zu machen:

Wenn die Erklärung Vebels in der „Neuen Zeit“ in besonders auffälliger Form erschien, indem sie trotz geringen Umfangs die ganze erste Seite einnahm, so haben wir dies nicht, wie Vollmar es zu thun scheint, einer besonderen Absicht zugeschrieben, sondern nehmen an, daß hier nur ein Zufall vorliegt, an dem Vebel unschuldig ist; offenbar ist die Erklärung im letzten Augenblick vor Abschluss des Satzes für die betreffende Nummer eingelaufen und die Schuld an der seltsamen Art der Veröffentlichung trägt nur — der Metten.

Wenn Vollmar einen Besuch beim Kaiser als zulässig und unter Umständen als empfehlenswert erklärt, wenn er die Partei auffordert, sich in der Geltendmachung ihrer Ansprüche nicht durch solche Bedingung der Gegner hemmen zu lassen, so baut er auf unsres Erachtens alle seine Darlegungen auf einer Voraussetzung auf, von der es gänzlich ungewiß ist, ob sie den später wirklich an uns herantretenden Verhältnissen entspricht. Nach den Aeußerungen der gegnerischen Presse, insbesondere derjenigen des Centrums, ist anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien, um unsern Anspruch auszuweichen, noch diese oder jene andre „Bedingung“ an die Erfüllung desselben zu knüpfen beabsichtigen. Wenn wir erklären, wir seien bereit, den formalen Hofbesuch zu machen, so wird man uns weiter examinieren, ob der socialdemokratische Präsident auch zur Ausbringung eines Kaiserhochs bereit sei, ob die socialdemokratische Fraktion geneigt sei, beim Kaiserhoch ihre abweichende Ueberzeugung fürder nicht demonstrativ zu bekunden. Die Centrumpresse ist schon so weit gegangen, uns Vorschriften machen zu wollen, welche Persönlichkeiten wir auf keinen Fall zur Wahl vorschlagen dürfen. Und die „Germania“ hat schon den äußersten Fall vorgegeben, indem sie erklärte, eigentlich sei keiner von der socialdemokratischen Fraktion geeignet, gewählt zu werden, da die ganze Fraktion in der Obstruktion des Kampfes solidarisch war.

Es geht nicht an, daß unsere Fraktion sich Bedingungen von den Gegnern vorschreiben läßt. Wir erheben, wie früher, unsern berechtigten Anspruch und sind bereit, alle geschäftsordnungsmäßigen Verpflichtungen zu übernehmen. Die Gegner wissen auch recht gut, daß, wenn einer der unsrigen Vizepräsident wird, er wissen wird, in allen an ihn herantretenden Fragen, in Uebereinstimmung mit seinen Freunden und seiner Partei, den politischen und gesellschaftlichen Takt zu wahren. Wenn sie trotzdem uns besondere Bedingungen zumuten, so erweist das lediglich ihre Absicht, die Forderung der Gerechtigkeit unter Ausflüchten zu hinterziehen.

Im übrigen freut es uns, daß Vollmars Meinung über das Maß von Bedeutung, das der ganzen Angelegenheit zukommt, sich mit derjenigen deckt, was wir darüber in den Nummern 150 und 152 unsres Blattes gesagt haben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Verfuchte Bestechung oppositioneller Abgeordneter. Das ungarische Abgeordnetenhaus war heute nach den eingelaufenen telegraphischen Meldungen wieder mal der Schauplatz wilder Tumulte. Nachdem die Sitzung begonnen hatte, erklärte Abg. Jolstan Papp (Koschuthpartei) unter großer Spannung des Hauses, das gestern der ehemalige Abgeordnete Dienes ihm 12 000 Kronen übergeben habe, damit er von der Obstruktion zurücktrete und Budapest verlasse. Dienes habe 2000 Kronen als Provision zurückbehalten. Die 10 000 Kronen die er (Papp) angenommen habe, um ein corpus delicti in Händen zu haben, lege er auf den Tisch des Hauses nieder. In den Wandelgängen wurde mitgeteilt, daß Dienes jetzt Wüchtersporteur sei und von keiner Seite als Vertrauensmann angesehen werden könne. Abg. Lovassy berichtet, daß an den Direktor des „Magyar Ország“ Aufrecht eine Anfrage gerichtet sei wegen des Preises, den das Blatt fordern würde, wenn es die Einstellung der Obstruktion befürworte. Als den Anfragenden bezeichnet er den Redakteur eines Stolportageblattes Arthur Singer. Abg. Thot beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorfälle. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Budapest, 29. Juli. Wie verlautet, sind die Vermittlungsvorschläge, welche auf ein Nachlassen der Obstruktion hinielen, von dem Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary abgelehnt worden, da der Hauptpunkt der Vorschläge dahin ging, daß die Regierung eine bindende Erklärung über die Einführung der ungarischen Kommandosprache mit Einhaltung eines bestimmten Zeitpunktes abgeben sollte. Diese Forderung ist, als mit dem Standpunkt der liberalen Partei und der Regierung völlig unvereinbar, zurückgewiesen worden.

Am 1. Uhr erhebt sich Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary, um zu beantragen, die Erörterung über sein Programm zu unterbrechen und zur Verhandlung der Indemnitätsvorlage überzugehen. Nach den ersten Worten erhebt die Obstruktion ein ohrenbetäubendes Geschrei, das eine Viertelstunde währt. Der Vizepräsident ist genötigt, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhebt sich der Ministerpräsident wiederum, worauf der tobende Lärm von neuem beginnt. Graf Khuen steht zehn Minuten lang aufrecht, ohne zum Wort gelangen zu können, und läßt sodann dem Schriftführer den schriftlichen Antrag überreichen, das Haus möge in die Verhandlung der Indemnitätsvorlage eintreten. Als dies die Obstruktion bemerkt, stürzen die Abgeordneten Rastlos und nach dem Präsidentensitz und versuchen, dem Schriftführer den Antrag zu entreißen. Dieser wehrt sich mit Gewalt gegen die auf ihn eindringende Obstruktion und nimmt das Blatt, auf dem der Antrag steht, in die andre Hand; doch gelingt es den Angreifern, von der andern Seite das Blatt zu erfassen und in Stücke zu reißen. In dessen hat jedoch der Präsident die zweite Ausfertigung des in zwei Exemplaren ausgefertigten Antrags erhalten; der Antrag ist somit eingereicht.

Die Tribüne um den Präsidentensitz fällt sich mit Abgeordneten beider Parteien, die in leidenschaftlichen Wortwechsel geraten. Unter großer Aufregung wird die Sitzung unterbrochen und eine geschlossene Sitzung angelegt.

Frankreich.

Die Notre-Dame-Fest. Die Pariser Blätter stellen fest, daß bei der gestrigen Trauerfeier für den Papst der Ministerpräsident Combes sich nicht, wie zuerst gemeldet wurde, hat vertreten lassen. Der nach verschiedenen Wandlungen jetzt wieder völlig im liberal-nationalistischen Fahrwasser segelnde „Figaro“ schreibt in einem Artikel darüber, die französisch-Regierung sei die einzige in Europa, die durch ihr Fernbleiben gegen die dem Papste dargebrachte Guldigung protestiert habe. Die radikalen Blätter heben hervor, es habe sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß in dem jetzigen Kabinett ein Zwiespalt bestehe; zu der einen Richtung gehörten Delcassé und André, die persönlich zu der Feier erschienen waren, sowie Rouvier und Marceyrou, die Vertreter gesandt hatten; zur andern gehörten Combes, Balle, Belletan, Doumergue, Trouillot u. a. Der gestrige Zwischenfall sei bezeichnend für die Meinungsverschiedenheit, die im Ministerium über eine Hauptfrage der Politik bestehe.

England.

Brüsseler Judenkonvention. Im englischen Unterhause stand gestern (Dienstag) das die Brüsseler Judenkonvention betreffende Gesetz

zur Beratung. Der Handelsminister Gerald Balfour führte aus: Die bona fides Englands erfordert die Annahme der Bill, und wir können von den eingegangenen Verpflichtungen nicht, ohne in Mißkredit zu geraten, zurücktreten. Wir haben die Konvention ratifiziert mit der ausdrücklichen Reserve bezüglich der Anwendung der Strafbestimmung auf Prämienzucker aus unsren Kolonien. Bei der Erörterung der Entscheidungen der ständigen Kommission bemerkt der Minister: Wir haben allen Grund zu glauben, daß Oesterreich-Ungarn und Frankreich ihre Zuckersteuerelemente in Einklang mit den Bestimmungen der Brüsseler Konvention bringen werden. Wir haben nur die Bestimmung der Bill anzuwenden, welche die Einfuhr von Prämienzucker aus Rußland, Argentinien, Chile und Peru verbietet, vorausgesetzt, daß keines dieser Länder der Konvention beiträgt oder seine Zuckersteuergesetzgebung entsprechend ändert, aber die gesamte Zuckereinfuhr aus diesen Ländern beträgt nur ein Dreißigstel der gesamten Zuckereinfuhr Englands. Ich glaube, die Brüsseler Konvention wird eine Periode mäßiger und stabiler Preise zur Folge haben und den Zuckereinfuhr von den beständigen Schwankungen befreien, die das Prämienzucker verursacht hat. Die Konvention hat dem Kartellsystem einen fürchtbaren Schlag versetzt.

Lough und Gibson Bowles sprechen sich gegen den Beitritt Englands zur Brüsseler Judenkonvention aus. Letzterer fragt, welche Gründe der Handelsminister für seine Annahme habe, daß Oesterreich und Ungarn ihre Zuckersteuergesetzgebung abändern würden, und ob die Regierung die Zuckereinfuhr aus Oesterreich-Ungarn verbieten würde, wenn diese Abänderung nicht erfolgte.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung über die Judenkonvention bekämpften mehrere liberale Abgeordnete die Judenkonvention und erklärten, die Konvention werde eine Erhöhung des Zuckerspreises zur Folge haben. Bryce (liberal) fragt, ob die Regierung die Strafklause in Kraft reiten lassen werde für den Fall, daß Oesterreich und Ungarn ihre Zuckersteuergesetzgebung nicht vor dem 1. September ändern würden. Der Parlamentssekretär des Handelsamts Bonar Law führt aus, England werde nach den Bestimmungen der Konvention nicht verpflichtet sein, die Klausel in Kraft zu setzen, bis die Kommission erklärt haben würde, daß es hierzu verpflichtet sei; die Kommission werde aber vor dem 1. Oktober nicht wieder zusammentreten. Die Weiterberatung wird hierauf auf morgen verlagert.

Schweden.

Ein neuer Kriegsminister. Der Staatsrat Krusebjörn hat wegen Kränklichkeit sein Abschiedsgesuch eingereicht. An seiner Stelle wurde der Oberst Otto Birgin zum Chef des Landesverteidigungs-Departements ernannt. „Der neue Kriegsminister ist“, wie „Socialdemokraten“ schreibt, „seit seinen jüngeren Jahren als ein interessierter und gebildeter Militär bekannt, und während seiner späteren höheren Laufbahn hat man erfahren, daß er den zeitgemäßen Forderungen an die Armee, sowie der Forderung des allgemeinen Wahlrechts als Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht nicht verständig gegenübersteht. In welchem Maße es ihm gelingen wird, diesen Anschauungen in seiner neuen Stellung mehr Geltung zu verschaffen, wird die nächste Zukunft zeigen. Gewiß ist, daß es der größte Dienst sein würde, den der neue Kriegsminister dem Lande erweisen könnte, wenn er die demokratischen Tendenzen der allgemeinen Wehrpflichtordnung zu entwickeln und die Herrschaft des Drills und der „Preuzerei“ zurückzudrängen suchte.“

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Eisenandfuhr (mit Einschluß der fertigen Eisenwaren, Stahl und Stahlwaren) betrug im ersten Halbjahr 1903, verglichen mit dem ersten Semester der drei Jahre 1900/1902, in Tonnen zu 20 Centnern:

	1903	1902	1901	1900
im Januar	303 078	282 807	147 261	116 100
„ Februar	277 070	208 604	136 720	120 755
„ März	321 308	238 072	178 860	127 055
„ April	319 761	237 827	159 963	115 969
„ Mai	318 050	268 092	187 233	134 962
„ Juni	291 534	267 440	189 377	128 483
im 1. Halbj. 1 830 801	1 503 742	994 404	744 224	

Am dieser Ausfuhr waren folgende wichtigste Eisen- und Stahlorten beteiligt mit (ebenfalls in Tonnen):

	1903	1902	1901
Roheisen	248 428	136 651	58 961
Bruchisen	62 085	92 046	47 795
Stahl- und Winkelisen	208 594	182 148	166 015
Eisenbahnstahln und -Schwellen	35 694	20 369	15 680
Eisenbahnstahln	219 108	149 672	80 542
Luppenisen, Rohstahln, Ingots	330 288	262 494	48 264
Stabeisen	182 199	173 017	136 609
Platten und Bleche	146 899	132 080	117 616
Eisendraht roh	81 634	76 962	71 634
Eisendraht verpulvert u.	42 797	41 837	39 735
Ganz grobe Eisenwaren	90 169	72 479	66 847
Grobe Eisenwaren	147 584	134 080	116 975
Feine Eisenwaren	25 569	22 080	21 927

Am stärksten hat demnach der Export von Roheisen, Eisenbahnstahln, Luppenisen, Rohstahln und Ingots zugenommen.

Böhmischer Gashahlsverein. Der Verwaltungsrat beschloß in seiner heute abgehaltenen Sitzung, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. vorzuschlagen. Der Bruttogewinn beträgt 3,6 Millionen Mark, die Abschreibungen circa 1,6 Millionen Mark, so daß ein Reingewinn von ungefähr 2 Millionen (im Vorjahre 2,1 Mill.) verbleibt.

Nach vor kurzem wurde von der Direktion die Verteilung einer Dividende von 5—6 Proz. in Aussicht genommen. Welche Gründe inzwischen die Verwaltung zur Festsetzung einer höheren Dividende veranlassen, das ist nicht ersichtlich.

Die Anzahl der Notenbanken, d. h. der Banken, die das Recht haben, eigene Banknoten auszugeben, schrumpft immer mehr zusammen. Als das Bankengesetz vom Jahre 1875 erlassen wurde, gab es 33 Banken mit dem Notenausgaberecht. Ende der achtziger Jahre war die Zahl auf 16 zusammengeschrumpft. Das neueste statistische Jahrbuch weist, nachdem auch die Bank für Süddeutschland aus der Reihe ausgeschieden ist, nur noch sechs solcher Banken nach, und zwar neben der Reichsbank die Bayerische Bank, die Sächsische Bank, die Württembergische Notenbank, die Badische Bank und die Braunschweigische Bank. Noten zu 100 M. geben alle diese Banken aus, zu 500 M. nur die Sächsische und zu 1000 M. nur die Reichsbank.

Der Geheimkommerzienrat Victor Fahn von der Firma Eduard Koch & Nachf. ist heute mittag wegen Verfehlungen gegen das Depot-Gesetz in Dresden verhaftet worden.

Die größten deutschen Dampfer. Die größten deutschen Dampfschiffe messen 12 000—20 000 Registertons und sind also um ein Mehrfaches größer als die größten Segelschiffe. An der Spitze steht kurzem der Raddampfer „Kaiser Wilhelm II.“ mit circa 20 000 Tons. Ihm folgt der jahrelang größte und bis zur Stunde noch schnellste Dampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie, der 16 502 Tons mißt. 2 Schnelldamper des Norddeutschen Lloyd, der „Kronprinz Wilhelm“ von 14 903 Tons und der „Kaiser Wilhelm der Große“ von 14 349 Tons, schließen sich der Hamburger „Deutschland“ an. Dann kommen unmittelbar mit 13 424 bis 13 193 Tons die vier riesigen Passagier- und Frachtdampfer der B-Klasse der Hamburg-Amerika-Linie: „Patricia“, „Pennsylvania“, „Pretoria“ und „Graf Waldersee“. Fast so groß wie der letztere ist der Reichs-Raddampfer „Großer Kurfürst“ des Norddeutschen Lloyd, 13 182 Tons. Mit 12 480 Tons folgt der Dampfer „Kaiser Friedrich“, Eigentum der Elbinger Werft von Schichau, und mit je 12 335 Tons machen die beiden neuen Schwesterschiffe der Hamburg-Amerika-Linie, die Raddampfer „Moltke“ und „Blücher“, den Beschluß der 12 000—20 000 Tons großen Dampfer der deutschen

Handelsmarine. Es sind insgesamt 12 Dampfer, die dazu weihen, und bis auf ein von der West noch nicht verlaufenes Schiff sämtlich im Besitz der America-Linie und des Norddeutschen Lloyd sich befinden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Holzbildhauer! In der Bildhauerei von Paul Diegel, Gr. Frankfurterstr. 16, haben infolge Nachregelung eines Kollegen drei Mann die Arbeit niedergelegt. Wie so oft schon gab es am Sonnabend wieder nur einen Teil des Lohnes, und wurde dem einen Kollegen ob seiner Vorstellungen die Bekanntheit mit dem „Knüppel“ in Aussicht gestellt. Da die Behandlung seitens des Prinzipals in letzter Zeit besonders zu wünschen übrig ließ und auch der Lohn nie voll ausgezahlt wurde, erklärten sich die andern Kollegen solidarisch. Die Werkstatt ist bis auf weiteres unbedingte zu meiden. Auch Annoncen unter Emil Schmidt Nachf., Gr. Frankfurterstr. 16, sind nicht zu beachten. Die Ortsverwaltung.

Der Streik der Mälktscher und Schaffner bei der Firma R. H. K. u. Co., Alt-Moabit ist beendet. Nach einem von der Direktion an die Organisation gerichteten Schriftstück fand am Dienstagabend abermals eine Verhandlung statt, welche zur beiderseitigen Zufriedenheit zur Beendigung der Arbeitsniederlegung führte. Die Arbeit wird am Donnerstagmorgen wieder aufgenommen, gegen die Verbändzugehörigkeit der im Betriebe beschäftigten Personen hat die Direktion nichts, alle etwaigen eintretenden Differenzen im Betriebe werden durch einen Arbeiterausschuss mit der Direktion erledigt.

Metallarbeiter. Bei der Firma Heine u. Seifert in Hirschberg in Schleisien stellen die Metallformer, Metalldreher, Schlosser usw. Der Meister Habelus, welcher früher bei Speirer in Hirschberg war, jetzt aber in Hirschberg Meister ist, ist in Berlin auf der Suche nach Streikbrechern. Also die Augen auf, Kollegen! Zugang ist streng fernzuhalten.

Gewerkschaften Charlottenburg! Die Adresse des Obmannes der Charlottenburger Gewerkschaftskommission ist: Karl Steinigt, Rüdigerstr. 9. Mit den Kassengeschäften wurde Franz Jost, Spandauer Berg 7, beauftragt. Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Ueber den Verlauf der Bauarbeiter-Ausperrung in Kassel

wird uns von dort geschrieben, daß nunmehr die in Betracht kommenden Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus der Kasseler Arbeiter, dem „Namen Rod“, ihre Bureaus eingerichtet haben. Aus Mangel an Räumlichkeiten mußten die Situationsberichte der einzelnen Branchen hintereinander entgegengenommen werden.

Den Anfang machten die Maler und Weißbinder. Ihre Berufsorganisation hatte bis zur Stunde 310 Ausgesperrte zu verzeichnen, während 160 weiterarbeiteten. In dieser Versammlung wurde die Mitteilung gemacht, daß eine Reihe bisher organisierter Kollegen sich unter den Weiterarbeitenden befinden.

In der darauffolgenden Zimmerer-Versammlung wurden durch die aufgenommenen Statistiken 150 ausgesperrte Zimmerer ermittelt, währenddem ungefähr ebensoviele von der Ausperrung nicht betroffen wurden. Die Zimmerer haben mit ihren Kasseler Arbeitgebern einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, der noch bis zum 1. April 1907 laufen sollte. Seitens des zweiten Verbandsvorsitzenden C. E. Hamburg wurde darauf hingewiesen, daß angeht die erwähnten Tatsachen nicht nur ein brutaler Gewaltakt, sondern auch ein schändlicher Vortrug seitens der Unternehmer vorliegt. Man wolle die einzelnen Bauberufe durch den Hunger dazu zwingen, zu veranlassen, daß die streikenden Schreiner ihren Unternehmern willenslos zu Kreuze ziehen. Dieser Versuch einer indirekten Einwirkung auf die Schreiner durch die Zimmerer, im Sinne des Unternehmens zu Hinterschneiden an ihren Arbeitsbrüder zu werden, sei jedoch ein verfehlter. Die Zimmerer befänden sich heute in der Abwehr; sie würden sich durch eine allgemeine Arbeitsniederlegung nicht in die Angriffsstellung drängen lassen. Doch müsse das Ausperrungsgebiet so schnell wie möglich von brachliegenden Arbeitskräften entlastet werden. Es handle sich um Sein oder Nichtsein der Organisationen!

In der Maurer-Versammlung wurde eine Statistik aufgestellt, laut welcher 123 Bauten vorhanden sind, die von 65 Unternehmern mit 57 Vorkessern, 1088 Maurergefellen nebst 125 Lehrlingen und 609 Arbeitseuten ausgeführt werden. Von den Maurern gehören 917 dem Zentralverband an, 81 der christlichen Organisation und 90 sind unorganisiert. Eine genaue Ziffer der Ausgesperrten war noch nicht zu erlangen, doch ließe sich ihre Zahl nach neueren Schätzungen auf etwa 700 belaufen. Die Frage, ob die Ausperrung mit Lohnforderungen beantwortet werden solle, kann definitiv erst in der Dienstagabend stattfindenden Versammlung entschieden werden. Der Tarifvertrag der Maurer, den sie mit den Unternehmern abgeschlossen haben, sollte vom 1. Januar 1902 bis 1905 laufen, und es läßt sich erklären, daß angesichts des treulosen Vortrugs der Unternehmer auch den Maurern gegenüber die Stimmung der Ausgesperrten eine ziemlich erregte ist.

Von den Dachdeckern sind vorderhand 97 ausgesperrt. Viele von ihnen wurden in der Arbeit belassen, trotzdem sie organisiert sind. Einen Beschluß in Bezug auf ihr Verhalten werden die Dachdecker erst in der nächsten Versammlung fassen. Die Unberührteten unter den Ausgesperrten werden veranlaßt, Kassel zu verlassen.

Die Bau- und Erdarbeiter hielten ihre Versammlung erst am Dienstag ab. Von ihnen sind 240 ausgesperrt, während 250 organisiert und 230 unorganisierte Bau-Hilfsarbeiter nicht ausgesperrt wurden. Viele der ausgesperrten Steinträger stehen zu den Unternehmern insofern im Vertragsverhältnis, als sie bis zur Fertigstellung des betreffenden Baues angenommen wurden, an welchem sie arbeiteten. Diese werden ihre Unternehmern für den ihnen durch die Ausperrung entgehenden Lohn haftbar machen.

Von den Bauklempnern sind bisher noch keine ausgesperrt worden, obwohl es zuerst anders hieß. Dagegen sind noch fünf Steinmehnen ausgesperrt.

Die Zahl der Ausgesperrten dürfte wahrscheinlich noch mancherlei Schwankungen unterworfen bleiben. Die Aufnahme der Statistiken ist mit größeren Schwierigkeiten verknüpft, als man anfänglich glaubte.

Die Taktik der Unternehmer geht augenscheinlich dahin, mit dem nicht ausgesperrten Personal die wichtigsten Arbeiten fertig zu machen und dann auch den Rest der Arbeitenden auszusperrten.

Dienstag, den 28. Juli, fand übrigens wiederum eine Vorbesprechung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt statt. Stadtsyndikus Dr. Brummer hat seinen Sommerurlaub um 14 Tage abgelehrt bzw. unterbrochen und macht nunmehr den dritten Versuch, den Schreinerstreik durch gütlichen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Bis zur Beendigung der Bewegung werden jedoch die Arbeiter aller Baubranchen auf das dringendste aufgefordert, Kassel zu meiden und Zugang strengstens fernzuhalten.

Steinfeger. Der Streik in Dessau ist beendet, sämtliche Entlassenen sind wieder eingestellt worden.

Ueber den Umfang des Wagnens im Ruhrrevier äußerte sich in einer stark besuchten Versammlung der Bergleute des Essener Bezirks der Genosse Gué wie folgt:

Bekanntlich fließt im Ruhrgebiet der Betrag für die genullten Wagen in die Unterstufungsklassen der Beiden. In den Bezirken der Berg-Inspektionen findet man einigen Aufschluß über das Vermögen dieser Klassen und von diesem läßt sich auf die Zahl der genullten Wagen schließen. Vom Essener Revier wird da berichtet: Vermögen der Unterstufungsklassen in Süd-Essen 304 000 M. 1. Ost-Essen über 128 000 M. Am Revier Oberhausen ist nur die Ausgabe angegeben mit 280 000 M. Es kann also dort mit einem Vermögen von 800 000 M. gerechnet werden, da etwa der vierte Teil des Vermögens als Ausgabe bezeichnet werden kann. Auf jede

Konstantin der Große flossen voriges Jahr 17 000 M. in die Unterstufungskasse. Auf jede Hannover, eine Krupp'sche Besse, 19 000 M. In Süd-Essen nahmen die Unterstufungsklassen 95 700 M. ein, davon 47 000 M. für genullte Wagen! Ungeheuerlich wirkt dieses Rollen der Wagen auf die Löhnel Arbeiter der Besse Graf Westf., auf welcher bekanntlich besonders stark genullt wird, erklärten: „Wenn nicht bald andre Zustände kommen, dann muß der Kampf losbrechen!“

Auf jede Mattheias wurden am Montag drei Kameraden von 12 Wagen 10 genullt; der Wagen 1, 20, macht 12 M., welcher Betrag den drei Arbeitern entzogen wurde. Es kommt also, daß täglich über 100 Wagen genullt werden. Auf jede Gustab, dem Leichenschacht, wie man ihn nennt, steht das Rollen in Klüte. Auf jede Gustabs werden täglich 30 bis 50 Wagen genullt. Man kann annehmen, daß so im Essener Revier jährlich den Bergarbeitern über 100 000 M. an Lohn entzogen werden, ohne daß für die Arbeiter die Möglichkeit besteht, das Rollen zu kontrollieren.

Noch einige Zahlen von andern Ruhrbezirken. Auf Engelsburg sind 1902 bei rund 900 Mann Belegschaft, also 450 eigentlichen Kohlengeheimern, 3413 M. für Wagenrollen abgezogen worden; dazu kommen noch Extratraktionen für „wiederholte Fälle“. Jede Neuzugabe nahm 1901 an Strafgebern den Arbeitern 2692 M. ab, 1902 aber 4904 M., darunter 2850 M. auf dem Wege des Rollens. Auf Besse Prosper wird nicht nur mächtig genullt, sondern an Extratraktionen für „unreine Förderung“ sind hier allein vom 14.—30. Mai dieses Jahres 357 Arbeiter mit zusammen 535 M. bestraft worden; den Lohnausfall an genullten Wagen hinzugezogen, kommen wir an über 1000 M. Lohnabzug für den Monat. Die Besse Königsgrube beschäftigt etwa 1700 Mann, davon ungefähr 850 vor der Besse. Diesen wurden allein im März d. J. 1422 Wagen genullt. Vom 8. bis 29. November v. J. sind auf Minister Adenbach einer Kameradschaft von 10 Mann nicht weniger wie 358 Wagen von 835 genullt worden. Allein der Morgenschicht auf Besse Amalie sind im Dezember 840 Wagen genullt worden. Täglich kommen zu uns auf das Bureau Kameraden und Wagen bitter, wie ihnen durch das Rollen der sauer verdiente Lohn geraubt würde. Wenn sie glauben, nach vollendeter harter Schicht einen anständigen Lohn verdient zu haben, dann sehen sie am Schacht, daß ihnen sehr oft der größte Teil der Wagen genullt sind. Nachprüfung giebt es nicht, Kontrolle des Rollens auch nicht; das Gedinge ist so niedrig gestellt, daß gewählt werden muß, infolge dessen bei dem mangelnden Licht das Einwerfen von Steinen in den Hohl einfach unvermeidlich ist.

Und dabei die geringen Löhne! Auf Besse Graf Westf., Hölz Ida, gab es 1900 für den Wagen 70 Pf., heute 35 Pf., also genau die Hälfte! Auf Königin Elisabeth 1900: 1,10 M., heute 80 Pf.; im Weiler 1900: 70 Pf., jetzt 45 Pf. Metzergelder giebt nicht nur im Essener Revier nicht mehr, sondern fast allgemein nicht. Für Weiterläufer anbringen und verschiedene andre Nebenarbeiten erhält der Arbeiter früher eine Vergütung, heute giebt's vielfach nichts mehr. Früher wurde die Zimmerung von besonderen Mannschaften gemacht, heute gehört sie in vielen Fällen zum Gedinge. Diese Zustände sind auch ein Grund der steigenden Zahl der Unfälle. Es ist heute, weil die Löhne auf alle Weise gedrückt werden, in den Gruben die reine Heißgier; jeder Arbeiter sucht auch durch unheimliches Schuppen herauszufinden, was eben möglich ist. Es ist also nur zu erklärlich, daß sich die Unfallziffer vergrößert. Und bei all den eingerissenen Missethänden wird von den Arbeitern auch noch eine bessere Qualität der Förderung verlangt. Agenten sollen neue Arbeiter ins Ruhrgebiet holen, den Zugelern werden Monatslöhne von 180—200 M. vorgeschwindelt. Tatsächlich gehen jetzt tausende und abertausende Ruhrbergleute, Sauer, mit Monatslöhnen weit unter 100 M. nach Hause, die Kohlenpreise bleiben aber so hoch wie früher. Wenn das nicht schließlich zum Bruch kommt, dann haben daran die Herren sicherlich kein Verdienst, sondern andre Leute, die bemüht sind, diese standalösen Zustände auf möglichst ruhigem Wege aus der Welt zu schaffen.

Auf einer Konferenz der Metallarbeiter Bayerns, die in Rätzenberg stattfand, wurde beschlossen, für Bayern einen bezahlten Gauleiter anzustellen. Dafür stimmten 87 Delegierte mit 5975 Stimmen, dagegen 21 Delegierte mit 4283 Stimmen, ein Delegierter mit 97 Stimmen enthielt sich der Abstimung. Die Stelle wird in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zur Bewerbung ausgeschrieben. Ueber die Bewerbungen entscheidet eine fünfgliedrige Kommission. Bis zur Wahl des Gauleiters bleiben die beiden Agitationskommissionen in Funktion.

Vorher tagte eine Vorkonferenz der Schläger, die ebenfalls beschloß, einen Beamten anzustellen, der speziell Schlägerangelegenheiten zu behandeln und zu erledigen hat. Die Kosten werden dadurch aufgebracht, daß jedes männliche Mitglied der Schlägerorganisationen 3 Pf., jedes weibliche Mitglied 2 Pf. Extrabeitrag zu entrichten hat. Die Stelle wird im Schläger-Handblatt zur Bewerbung ausgeschrieben.

Ausland.

3500 Maurer und Handlanger stehen in Genf im Streit. Da sie sich um das bekannte Antistreichgesetz nicht kümmern, hat die Regierung nicht nur den Anschlag der Streikproklamation verboten, sondern auch diese selbst konfisziert, und zwar darum, weil sie jenes Gesetz für swedlos erklärte. Die Regierung will trotzdem den Streitfall vor das durch jenes Gesetz vorgesehene Schiedsgericht bringen, auch die Unternehmer wollen das, allein die Streikenden lehnen es unter dem unheilvollen anarchistischen Einfluß ab und begeben dadurch den größten italienischen Fehler. Dabei sind von den 3500 Streikenden nur 300 organisiert und demgemäß werden die verfügbaren Geldmittel gering und unzulänglich sein. Zahlreiche ledige Streikende sind abgereist, die zurückgebliebenen erhalten keine Unterstützung, sondern nur Unterstufung in Naturalien, zu welchem Zweck eine für 1200 Personen berechnete große Küche errichtet worden ist. Die Urheber des Streiks sind nach dem „Genesener“ die Anarchisten, die am liebsten wieder einen Generalstreik hätten. Da es sich bei den Streikenden meistens um Ausländer, Italiener und Franzosen, handelt, befürchtet das genannte Blatt, namensfich im Hinblick auf die hartnäckige Mißachtung des Antistreichgesetzes, die Massenauflösung derselben, eventuell „wegen Mittellosigkeit“. Es ist sehr bedauerlich, daß sich die Sozialisten in Genf dem Anarchisten haben über den Kopf wachsen lassen.

Das Ergebnis der Massenausperrung in Schweden. Die schwedischen Eisen- und Metallindustriellen haben mit ihrer brutalen Maßregel, die augenscheinlich auf die Erdrickung der Arbeiterorganisation abzielte, nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Die Bedingungen, unter denen die Ausperrung am Montag den 3. August wieder aufgehoben wird, schließen die Anerkennung der Arbeiterorganisation als vollkommen gleichberechtigten Faktor in sich. Das Verhandlungskomitee hat am Montagabend Beschlüsse gefaßt, die geeignet erscheinen, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der schwedischen Eisen- und Metallindustrie auf die Dauer zu sichern. Der Lohnkonflikt in H. I. L. a. n. s. m. e. c. h. a. n. i. s. c. h. e. r. W. e. r. k. s. t. a. t. in Kristiansstad, der den Unternehmern als Anlaß zur Ausperrung diente, soll durch ein Schiedsgericht erledigt werden, das aus fünf Personen bestehen soll, wovon zwei von den Mitgliedern der Werkstat-Vereinigung, zwei von den Mitgliedern der Arbeiterorganisationen in Stockholm gewählt werden sollen. Diese vier wählen einen Vorsitzenden und im Falle hierbei Stimmgleichheit eintritt, entscheidet das Verhandlungskomitee über dessen Wahl. Dieses Schiedsgericht soll spätestens bis zum 12. August seinen Schiedsspruch, der für beide Parteien bindend ist, fällen. Die Löhne, die das Schiedsgericht für die in Betracht kommenden Gewerkschaften festsetzen sollen, werden bis zur Aufhebung der Ausperrung anfallen. Zur Lösung des Lohnkonflikts in K. o. k. u. m. s. m. e. c. h. a. n. i. s. c. h. e. r. W. e. r. k. s. t. a. t. in Walmö soll ein Verhandlungskomitee eingesetzt werden, das aus je drei Vertretern der beiden Parteien und je einem Vertreter der Werkstatvereinigung und des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes gebildet wird und seinen unparteiischen Vorsitzenden selbst wählt. Die Streitfragen sollen bis

zum 22. August entschieden sein und wenn das nicht gelingt, soll der Konflikt wiederum dem Verhandlungskomitee in Stockholm überwiesen werden. Auch für die übrigen Konflikte bei den der Werkstat-Vereinigung angehörenden Unternehmern wurden in gleicher Weise gebildete besondere Verhandlungskomitees eingesetzt und ebenso der 22. August als der letzte Termin für die Lösung der Streitfragen bestimmt. Es kommen hierbei in Betracht: Lohnforderungen der Gießer in Göteborg und Umgegend und der Holzarbeiter in „Södertelje-Werkstätten“ in „Landskrona Gießerei-Actiengesellschaft“ und in „Landskrona neuer mechanischer Werkstat-Actiengesellschaft“.

Die Arbeit soll am Montag auf allen von der Ausperrung und Arbeitseinstellung betroffenen Werkstätten wieder aufgenommen werden. Weder von Arbeitgeber- noch von Arbeiterseite dürfen anlässlich der Konflikte Repressalien irgend welcher Art in Anwendung gebracht werden.

Die Verlegung von in Zukunft entstehenden Differenzen und die Vorbeugung von Streiks und Aussperrungen betreffend wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Das Verhandlungskomitee spricht sich einstimmig dahin aus, daß es wünschenswert ist, daß so bald wie möglich ein detailliertes Arbeiterkommen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter zu Stande kommt, darauf hinausgehend, daß auftretende Streitfragen so weit wie irgend möglich auf friedlichem Wege durch Verhandlung, Vermittlung oder Schiedsspruch gelöst werden. Zur Ausarbeitung von Gutachten und Vorschlägen diese Angelegenheit betreffend soll vom Verhandlungskomitee ein besonderes Komitee von 5 Personen eingesetzt werden.“

Sociales.

Die bis ins hohe Alter geübte Erziehung der deutschen Arbeiter kann nicht beizubehalten ironisiert werden, als indem wir folgenden uns vorgelegten Beschluß des Kreis-Ausschusses zu Gräy abdrucken:

Der Kreis-Ausschuss. Gräy, den 14. Mai 1908. J. B. 920/03 Kt. Es wird gebeten, in der Antwort vorstehende Nummer anzugeben.

Schluss.

In der Armenpflege-Beschwerdefache des Totengräbers Stanislaus Exopla in Niepruschowo wider den Ortsarmen-Vereinband selbst hat der Kreis-Ausschuss des Kreises Gräy in seiner heutigen Sitzung:

in Erwägung, daß der 56-jährige Beschwerdeführer zwar vor 22 Jahren die rechte Hand verloren hat, daß er aber infolge Gewöhnung (!) sogar schwere Arbeiten wie Mähen, Holzspalten, Kartoffel-ausgraben verrichten kann,

daß er als Totengräber jährlich etwas über 70 Mark verdient, außerdem Vagetreter ist und sich gelegentlich mit Fischfang beschäftigt,

daß seine 46-jährige Ehefrau und die im Haushalte befindlichen Kinder im Alter von 18 und 16 Jahren gesund und rüstig sind und auf Arbeit gehen, während nur noch ein erwerbsunfähiges Kind von 10 Jahren im Haushalt ist,

daß hiernach keine Veranlassung vorliegt, die öffentliche Armenpflege eintreten oder weiter bestehen zu lassen, beschloßen, die eingelegte Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen.

Dieser Beschluß ist endgültig.

Der Kreis-Ausschuss, gez. Volge. Wir enthalten uns jeder Kritik dieses von socialdem. Empfinden trübenden Beschlusses. Sie könnte nur darauf ausfallen, daß sie unsren verantwortlichen Redakteur bei den bestehenden Rechtsverhältnissen auf sechs Monate hinter schwebende Gardinen brächte. Aber wir referieren noch einmal, der Beschluß weist es zurück, einem 56-jährigen Arbeiter, welcher die rechte Hand verloren hat und jährlich etwas über 70 M. verdient, eine Unterstufung zukommen zu lassen. Welchen Sinn macht es, mag der Mann mit der ihm verbliebenen linken Hand abgegeben haben?

Verfassungen.

Schäfer Wahlkreis. In der Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins, die am Dienstag bei Wernau in der Schwedterstraße tagte, hielt Genosse Dr. Lauffenberg einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: „Aus der deutschen Urzeit.“ Auf Grund der Ergebnisse der vergleichenden Sprachforschung erläuterte der Redner den Ursprung unsres Volkes sowie seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu andern Völkern, und zeigte, gestützt auf die historischen Ueberlieferungen Cäsars und des Tacitus, wie sich Familie und Eigentumsverhältnisse bei den alten Germanen entwickelt haben und auf dieser Grundlage die politischen Zustände, und wie danach auch die Urgeschichte unsres Volkes einen Beweis für die Richtigkeit von Marx Auffassung der geschichtlichen Entwicklung bildet.

Der Vorsitzende Kreythaler künfte an den Vortrag die Bemerkung, daß im Wahlverein, soweit nicht aktuelle politische Fragen vorliegen, des öfteren über derartige geschichtliche Thematia gesprochen werden solle. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde von Marx, Wernau und andren Genossen zur Einsichtnahme in die am Donnerstag zum letztenmal ausliegenden Wählerlisten zur Stadtverordneten-Wahl aufgefordert. Marx führte hierzu aus, daß die Listen sehr mangelhaft aufgestellt seien, und führte ferner einen Fall an, wo einer der die Namen nachsehenden Beamten hierbei sehr nachlässig vorging. Daß die Wählerlisten für ganz Berlin nur in dem für diesen Zweck übrigens viel zu kleinen Zimmer 57 in der Poststr. 16 ausliegen, wurde als ein schwerer Mißstand bezeichnet, der dringend der Abhilfe bei kommenden Wahlen bedarf.

Der Vorsitzende machte schließlich noch bekannt, daß in der zweiten Hälfte des August die Generalversammlung des Wahlvereins stattfindet, und forderte die Mitglieder, welche Anträge stellen wollen, auf, sie rechtzeitig dem Vorstände einzureichen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Durch einen Sturz aus dem Fenster ihrer im dritten Stock des Hauses Lühovstraße 49 belegenen Wohnung versuchten gestern Abend zwei Damen sich das Leben zu nehmen. Beim Herannahen der Feuerwehr, die von Postanten, welche das auffällige Gebahren der beiden Damen beobachtet hatten, requiriert worden war, kürzten sie sich gemeinsam aus dem Fenster und wurden schwer verletzt in das nahegelegene Elisabeth-Krankenhaus überführt.

Kabenz, 29. Juli. (W. G.) Heute früh ist von der Burg Rheinfels bei St. Goar ein Teil der Ruine nach der Bedersheimer Straße abgestürzt und hat die Straße vollständig verschüttet, so daß der Verkehr gesperrt ist.

Würgburg, 29. Juli. (W. G.) Dem „Gen.-Ans.“ zufolge wurden auf dem hiesigen Kirchhofe Leichenschändungen aufgedeckt, die von den Leichenwärtern viele Jahre hindurch verübt wurden, indem sie die Gräber öffneten, in denen Leichen in Zinnsärgen beigelegt waren, die Zinnsärge entwanden resp. verkaufen und die Leichen dann wieder verscharrten.

Lowell (Massachusetts), 29. Juli. (W. T. W.) In dem der United States Cartridge Company gehörigen Patronen-Lagerhaus zu Tewksbury fand eine Explosion statt. Nach der bisherigen Schätzung sind 25 Personen ums Leben gekommen und etwa 50 verletzt worden. Durch die Explosion wurden die Häuser in einem Umkreis von einer halben Meile beschädigt.

Lokales.

Am „Bund für Menschenrechte“ wurde am Dienstag der Fall Hässener besprochen. Die öffentliche Versammlung, die man zu diesem Zweck nach dem Saal der „Germania“ in der Chausseestraße einberufen hatte, war trotz des Juliwetters nicht schlecht besucht.

Der Redner kennzeichnete die That des Marinefähnrichs Hässener und das gegen ihn ergangene Urteil des Kriegsgerichtes als Ereignis des Militarismus. Bei aller Enttäuschung über jene entsetzliche That, aller Verwunderung über dieses milde Urteil sei doch beides im Grunde genommen durchaus begrifflich.

Die Versammlung hätte zu einem kraftvollen Protest gegen die Mängel unserer Rechtspflege wie gegen die Auswüchse des Militarismus werden können, aber durch die schlechte und rasch in persönlicher Jänkerei ausartende Diskussion wurde sie zu einer schwächlichen Veranstaltung einiger unklarer Köpfe.

Inkraftsetzung der Verkehrsbestimmungen der Hochbahn. Die neuen Verkehrsbestimmungen der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn werden am 1. August in Kraft treten.

Päpstlicher Umsturz.

Vor wenigen Wochen, als der verstorbene Papsi schon zwischen Leben und Tod schwebte, hat der Kölner Kardinal-Erzbischof nach berühmten Mustern eine politische Rede gehalten, die unter den Umständen nicht allein als das politische Glaubensbekenntnis des Sprechers, sondern als so eine Art von politischem Testament Leo XIII. anzusehen ist.

Die Hunderttausende deutscher Katholiken, die demgegenüber durch ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie bekunden, daß sie in der Monarchie keineswegs die gottgewollte Staatsordnung, sondern eine geschichtlich gewordene und darum vergängliche Einrichtung erblicken, diese Katholiken brauchen keineswegs um ihre Seelenheil besorgt sein.

So mußte sich aber Gregor XII. ausdrücken, wenn seine Worte zu seinen Thaten stimmen sollten; denn diese Thaten waren vom Standpunkt des monarchischen Legitimus, wie wir ihn heute von katholischen Kirchenfürsten als Rezept gegen den Umsturz predigen hören, unsäglich im vollsten Sinne des Wortes.

gelöster Fahrkarten gegen die neuen Fahrtausweise. Ferner wird bestimmt: Der Verkauf von Fahrkarten wird 2 Minuten vor Abfahrt des letzten Zuges jedes Betriebstages nach der in Frage kommenden Fahrtrichtung eingestellt; das gleiche gilt für den Verkauf der Frühverkehrsarten zu den letzten Frühzügen.

Nebst 80 000 Mark betragen nach den bisherigen Feststellungen der Kriminalpolizei die Schulden, welche die Inhaber der Firma J. Hartstein u. Co., Julius Hartstein und Paul Wam, hinterlassen haben. Doch ist dies wahrscheinlich noch nicht die Gesamtsumme, da noch fortlaufend Meldungen über fällige Forderungen eingehen.

Ein frecher Diebstahl wurde in der vergangenen Nacht in der Friedrichstr. 69, gerade gegenüber dem Stadtbahneingang des Bahnhofs Friedrichstraße, verübt.

des heiligen Stuhls. Vor und nach ihm hat es zahlreiche Päpste gegeben, die, soviel an ihnen lag, die bestehende Staatsordnung — wie es heute auf einmal heißen soll, die gottgewollte Ordnung ohne viel Federlesens umstürzten.

starles Eigengesicht geschickt. Aber alle diese Maßregeln reichten noch nicht aus. Nachdem der Wächter, der sich im Laden befindet, um 3 Uhr früh noch nachgesehen und alles in Ordnung gefunden hatte, schlug um 4 Uhr der Hund an.

Verhüteter Unteroffiziers-Greß. Eine sehr angriffslustige Haltung nahm ein Unteroffizier am Sonntag in Karlsdorf ein. Als man ihn verhindern wollte, in ein bereits überfülltes Wagenabteil des um 11 Uhr abgehenden Zuges einzusteigen, zog er alsbald sein Seitengewehr, um sich auf diesem nicht ganz gewöhnlichen Wege Platz zu schaffen.

Liebesgram hat das 21 Jahre alte Dienstmädchen Rosa Lindemann vermutlich in den Tod getrieben. Das hübsche Mädchen diente seit Februar bei einem Schlächtermeister in der Markgrafenstraße und verliebte sich in einen bei diesem beschäftigten Gesellen.

Vom Unglück verfolgt. Der 65 Jahre alte Antiker Ernst Runge aus der Schulstr. 84 stieß vor fünf Jahren, als er einen Arzt suchte, mit einem Geschäftswagen zusammen, wurde vom Wad geschleudert und am Kopf und am rechten Beine schwer verletzt.

Durch Bleivergiftung todsüchtig geworden ist der 42 Jahre alte Rohrlieger Reinhold Kuhn aus der Gerichtstr. 20. Kuhn hatte bei seinen Arbeiten viel mit Bleiweiß zu thun und zog sich dadurch eine Vergiftung zu.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde gestern, Mittwochnachmittag, der 23 Jahre alte Hausdiener Friedrich Heinrich, der in der Konditorei von Gressel in der Rosenhainstr. 2 angestellt war.

zuverlässig verdirgt sein. Der allgemeine Sinn von Zacharias' Antwort ist aber zweifellos richtig getroffen; denn alsbald war Childeric auf gut Fränkisch geworden und ins Kloster getrieben, und der neue König Pippin empfing von den Händen des hl. Bonifacius, des berühmten Heidenbekehrers, die Salbung, wie weitand Saul von Samuel.

Die Päpste liehen dem fränkischen Umsturz ihren Beistand nicht um Pippins schöner Augen willen, sondern für einen sehr realen Preis. Die Bezahlung bestand darin, daß Pippin 754 der römischen Kirche weite Gebiete in Mittelitalien schenkte, über die er freilich ebenfalls Verfügungsgewalt hatte, also, sagen wir mal, über den Mond.

Wie zu dem bitteren Bekenntnis, daß mit der Konstantinischen Schenkung kein Staat zu machen sei, hat die gefälschte Urkunde dem Papsttum zu unterschiedlichen Umstürzen der gottgewollten Ordnung den Vorwand liefern müssen.

Der Seidenfabrik von Holm in der Landsbergerstr. 62/63 ihm folgte. Vor dem Hause Brunnstr. 157 hörte er das Fahrzeug dicht hinter sich und als er sich um sah, geriet er in Verwirrung und ins Wanken und fiel vom Bode. In demselben Augenblick ging ihm ein Rad des Automobils, dessen Fahrer keine Schuld treffen soll, quer über den Kopf. Als ein Räderer Rettungswagen eintraf, um den Verunglückten in ein Krankenhaus zu bringen, war er schon tot.

Ueberfall in der Schönholzer Heide. In der vorletzten Nacht wurde der Straßenbahn-Schaffner Mehnert in der Schönholzer Heide überfallen. Derselbe kam vom Depot in Nordend und hatte den letzten Wagen der Nieder-Schönholser Linie nach dem Depot geleitet. Um schnell nach seiner am Gefundenbrunnen belegenen Wohnung zu kommen, wählte er den kürzesten Weg, der durch die Schönholzer Heide führt. Kaum war er einige hundert Meter in den Wald hineingekommen, als plötzlich zwei Ströbe auf ihn zu sprangen. Der eine packte ihn sogleich am Hals, während der andre versuchte sich der Selbstwehr, in der sich etwa 18 Mark befanden, zu bemächtigen. Mehnert, ein junger kräftiger Mann, blieb tüchtig um sich und zog die Notwehr, welche er zufällig bei sich führte. Ein Pankamer Gendarm, der gerade an der Heide kontrollierte, wurde dadurch aufmerksam und eilte herbei. Nun ergriffen die Ströbe die Flucht. Man verfolgte sie jedoch bis nach Reinickendorf hin, wo es gelang, den einen festzusetzen.

Die kostenfreien Unterrichtskurse in Englisch, Französisch und Buchführung beginnen am 3. August 1903 in der Berliner Handels-Akademie, Kommandantenstraße 89, welche noch Meldungen entgegennimmt.

Feuerbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehrt nach der Lottumstr. 28 gerufen, wo Fußböden, Balken u. a. brannten. Heute früh hatte der 20. Zug in der Fischerstr. 34 einen Brand zu löschen, dem Bettin und anderer Hausrat zum Opfer gefallen sind. Zweimal hatte die Wehr in der Friedrichstr. 76 zu thun, wo heute morgen Betten, Möbel, Kleider, Schaldecken, Balken u. a. brannten. In der Kronenstr. 29 brannten Regale, Kleider u. a. in einem Konfektionsgeschäft. Ein größerer Brand mußte Lothringersstr. 1-7, auf dem Gelände des ehemaligen Tierarzthospitals des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, gelöscht werden. Dort stand ein Holzschuppen mit Inhalt in Flammen. Auf dem Görtlinger Bahnhof und anderen Stellen brannten Preshöfen. Aus anderen Anlässen wurde die Feuerwehrt nach der Kastanien-Allee, Köpnickstr. 48/49 usw. gerufen.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Charlottenburg! Am Freitag, den 31. Juli, abends 6 1/2 Uhr, findet im Volks Hause, Rosinenstr. 3, der dritte Vortragsabend des Genossen Paul Hirsch über „Die Bedeutung der Landtagswahlen“ statt. Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch werden sämtliche Parteigenossen hiermit eruchtet.

Nieder-Schönweide. Endlich, nach langer Dauer, ist es der Arbeiterschaft von Nieder-Schönweide wieder zur Möglichkeit geworden, sich öffentlich versammeln zu können. Das Lokal „Haffelwerder“, um welches seit Pfingsten ein heißer Kampf entbrannt war, ist jetzt für die Arbeiterschaft frei. Sogleich hat es der Inhaber aber auch mit der Behörde zu thun, welche ihm sofort die Freundschaft kündigte. Was das zu bedeuten hat, weiß man wohl, denn man sah schon am Sonntag das Auge der heiligen Hermandad im Tanzsaal umherschauen. An der Arbeiterschaft liegt es aber, daß und nicht nur das Lokal „Haffelwerder“ erhalten bleibt, sondern daß wir noch mehr freie Lokale hinzu bekommen. Besuche man nur solche Lokale, welche als frei in der Lokalliste verzeichnet stehen; nur dann ist es möglich, dem versteckten Kampf der Behörde erfolgreich zu begegnen.

Wie wenig man in unserem Ort auf hygienische Zustände achtet, beweist, daß man die öffentliche Bedürfnisanstalt vor dem Bahnhofe beseitigt hat, obwohl hier täglich Tausende, des Sonntags Hunderttausende von Menschen verkehren. Dagegen trägt man dem großen Verkehr auch in anderer Hinsicht nicht Rechnung: die Sonntagsausflügler sind gezwungen, den Staub, welcher durch das viele Laufen auf den ungepflasterten Bürgersteigen hervorgerufen wird, zu schlucken. Im Winter, bei nasser Witterung, haben dafür die Besucher unseres Ortes das Vergnügen, auf diesen ungepflasterten Bürgersteigen den Schmutz zu messen. Natürlich befinden sich die ungepflasterten Bürgersteige vor den Thüren der reichsten Fabrik- und Grundbesitzer. Das läßt tief blicken!

und vor allen Dingen, sie zahlten keinen Deut. Es empfahl sich daher dem einzigen Engländer, der Papst gewesen ist, Hadrian IV. ein Umsturz der gottgewollten Ordnung in Irland, der gleichzeitig für die Kirche und für die englischen Landesleute profitabel wäre. Kurz und gut, im Jahre 1155 (?) stellte Hadrian IV. dem englischen König Heinrich II. eine Bulle aus, durch die der Papst kraft seines gefälschten Anspruchs auf Irland dem englischen Monarchen die grüne Insel schenkte, was erbeigentlichem Besitze schenkte. Eine Klausel war dabei: Heinrich wurde verpflichtet, nach Ausrottung der „Pflanzstätten der Laster“ — d. h. der gottgewollten Ordnung in Irland — dafür zu sorgen, daß der Zehnte und der Peterspfennig richtig eingehe. Dies erhabene Ziel vor Augen, brach demnach die christliche Ritterschaft Englands mit Gott und Brand, Kreuz und Schwert über Irland herein, um die dortverordneten Stammeskönige umzuwälzen.

Der päpstliche Segen, mit dem Heinrich II. sich gegen Irland wappnen ließ, war ein zweischneidiges Schwert, das ihn selber bedrohen konnte. Denn, wenn Irland eine Insel war, England war es nicht minder: englische Monarchen konnten also auch mit Hilfe der konstantinischen Schenkung angegriffen werden. Ein Präzedenzfall lag schon vor, den Heinrich II. sich zur Warnung hätte geben lassen können. Als im Jahre 1066 Wilhelm der Eroberer mit seinen normannischen Abenteurern über den Kanal fuhr, um den Angelsachsen-König Harald zu stürzen, führte er bei sich einen Ring mit dem Haar des heiligen Petrus und eine geweihte Fahne, auf der ein kämpfender Krieger und das Kreuz gewirkt war. Beides hatte Papst Alexander II. gestiftet, mahnend, die Sünden, die er den Normannen mit England befehlt hatte. Die Angelsachsen waren zwar fromme Christen, die manchen Heidenapostel z. B. nach Deutschland entsandt haben, aber sie ordneten ihre kirchlichen Angelegenheiten selbständig und zahlten keinen Peterspfennig. Das durfte nicht geduldet werden; folglich mußte die gottgewollte Ordnung umgestürzt werden, — und König Harald wurde in der Schlacht bei Hastings kraft päpstlicher Autorität ins Jenseits befördert. Der erste Schritt zur Umwälzung der Sache führte zu wiederholter Anwendung dieser Umsturzmethode, im Fall ein englischer König wider den päpstlichen Stachel lödte. Das erreichte sich der Sohn jenes Heinrich II., der sich Irland hatte „schenken“ lassen, der König John sans Terre (Johann ohne Land). Es belam ihn schlecht; denn 1200 erklärte ihn Papst Innozenz III. für abgesetzt; König Philipp August von Frankreich sollte die Stelle des umgestürzten Plantagenet einnehmen. Der Abfall der Vasallen nahm bald solche Dimensionen an, daß König Johann schleunigst zu Kreuze zog. Auf den Arnen schwor er in die Hände eines päpstlichen Legaten folgenden Eid: „Ich, Johann, von Gottes Gnaden, König von England und Lord von Irland, übergebe, um meine Sünden abzulösen, aus eigenem freien Willen und auf Rat meiner Barone, der römischen Kirche, dem Papst Innozenz und seinen Nachfolgern, das Königreich England und alle Vorrechte meiner Krone. Ich will sie von jetzt ab als des Papstes Vasall innehaben. Ich will treu sein Gott, der römischen Kirche, meinem Herrn, dem Papst und seinen gesetzlich gewählten Nachfolgern. Ich verspreche, ihm einen Tribut von 1000 Mark jährlich zu zahlen, nämlich 700 für das Königreich England und 300 für das Königreich Irland.“ Durch diese löbliche Unterwerfung belam Johann mit dem hl. Stuhl Frieden. Aber nun traten seine Barone mit selbständigen Umsturzideen hervor. Mit bewaffneter Hand gingen sie dem graufamen, aber feigen Tyrannen zu Leibe: an ihrer Spitze Robert Fitzwalter unter dem selbstgepöhlten Titel „Marschall der Armee Gottes und

Lichtenberg. Der Gesundheitszustand am Orte muß ein außerordentlich guter sein, anders wäre es gar nicht zu erklären, daß die „Gesundheitskommission“, die ein so kurzes Scheitern führte, nun ganz und gar selig entschlafen ist. Oder sollten die Kästnermüller recht haben, die behaupten, daß der Wille der Dorfregierenden seine Grenzen findet an der Macht unsrer Hausagrarier? Das wenige, was die Kommission gethan, bestand in der äußerlichen Befestigung der Beschaffenheit der Abortanlagen auf den Höfen, der Brunnenanlagen usw., aber das wenige hat genügt, den Jörn unsrer Hauspaschas zu entschlafen. Die von der Regierung so schon ausgedachte Umwandlung der früheren Sanitätskommission in eine Gesundheitskommission nach dem Muster solcher städtischer Einrichtungen hat an der Macht dieser „leitenden“ Kreise einfach scheitern müssen. Ganz ernst scheint die Sache überhaupt nicht genommen worden zu sein. Der Kreisarzt, der neben den Kommunalärzten Mitglied der Kommission ist, hat überhaupt noch keiner Sitzung beiwohnen können. Seit März 1902 ist die Kommission überhaupt noch nicht zusammen gewesen, nicht einmal eine Umgrenzung ihrer etwa zu entwickelnden Thätigkeit hat stattgefunden! Was will denn die Regierung mit solchen auf dem Papier stehenden „hygienischen Fürsorgeeinrichtungen“ erreichen? Erreicht ist, daß auch die Bevölkerungskreise, die bisher nicht glauben wollten, daß vor dem Geldbad auch die beste Erkenntnis der Dinge Halt machen muß, diese Thatsache zugeben müssen.

Johannisthal. Drei Einbruchdiebstähle sind in der vorigen Nacht in den Parterrewohnungen der Häuser 1 und 2 in der Köpnickstr. verübt worden. Die Diebe, welche ihren Weg durch die Fenster genommen, erbeuteten außer mehreren Uhren, goldenen Ketten und Ringen und kleineren Geldbeträgen bei dem Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins eine Summe von 107 M. Einem Sommergast, welcher die erste Nacht hier schlief, wurde ebenfalls die Uhr genommen. Die Einbrecher dürften identisch sein mit denjenigen, welche in der vorigen Woche drei Automaten aus zwei Gartenlokalen nach der Heide schleppten und dort erbrachten.

Gerichts-Zeitung.

Ein Sensationsprozeß

wird nach beendeten Gerichtsferien entweder vor dem Schwurgericht oder der Strafkammer des Landgerichts I stattfinden. Die Voruntersuchung gegen den Gerichtsdirektor Vaganz und Genossen ist nunmehr geschlossen. Vaganz wird des wiederholten Verbrechens im Amte beschuldigt, die Mitangeklagten, sämtlich Leute in angesehenen Stellungen, sollen ihm Hilfe geleistet haben. Der Hauptangeklagte ist schwerer Verlesungen gefählig und hat eine langjährige Zuchthausstrafe zu erwarten. Er soll aus den ihm zur Verfügung stehenden Akten den Angeklagten von den vom Gericht getroffenen oder in Aussicht genommenen Maßnahmen gegen hohen Entgelt Kenntnis gegeben haben. In einem Jahre sollen die ihm gemachten Zuwendungen den Betrag von 20 000 M. überschritten haben. Vaganz hat fast die gesamten Beträge dem Totalitator geopfert. Seine Ehefrau wurde vor einigen Wochen ebenfalls in Haft genommen. Außer dem Ehepaare befindet sich noch der frühere Häuser-Administrator H. in Haft, der zuerst den Gerichtsdirektor Vaganz angeklagt haben soll, seine Beamten-eigenschaft in der geschützten Weise zu mißbrauchen. Ein vierter Beteiligter, der Kaufmann Courth, hat sich im Untersuchungs-Befängnis erhängt. Auch der frühere Rechtsanwalt, jetziger Mittergutsbesitzer, Justizrat K. ist an der Sache beteiligt, er wurde ebenfalls in Haft genommen, aber gegen eine Kaution von 150 000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt. Weitere Angeklagte sind ein Direktor V. und ein Juwelier A., so daß insgesamt 6 Personen auf der Anklagebank werden Platz nehmen müssen. Es wurde früher angenommen, daß Vaganz auch dem wegen Muthers verurteilten Kaufmann Parier gegen Entgelt verbotene Dienste geleistet habe, die nach dieser Richtung hin ernstlichen Verdachtsmomente sind aber nicht für ausreichend befunden worden und ebenso wenig haben sich genügende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Vaganz mit der in letzter Zeit häufig genannten Frau Geh. Kommerzienrat Zimmermann, welche nach Amerika ausgewandert ist, Beziehungen unterhalten hat.

Die Verhandlung dürfte mancherlei Enthüllungen und Uebertragungen bringen.

seiner hl. Kirche“. Auf der Wiege von Kummhade unterwarf sich schließlich 1215 der König notgedrungen den Forderungen seiner Großen, indem er die „magna charta libertatum“, die große Freiheitsurkunde unterzeichnete, die bis heute die Grundlage des englischen Konstitutionalismus ist. Der Titel Fitzwalter läßt schon genügend erkennen, daß der adlige Umsturz nicht bloß zeitlich dem päpstlichen gefolgt ist, sondern auch ursächlich mit ihm zusammenhängt. Die Kurie hatte eben Schule gemacht; was eben auf ihren Befehl geschehen war, wiederholten ihre Getreuen nun auf eigene Faust.

Nicht viel anders liegt die Sache in Deutschland. Die erste vollstündliche Erhebung, von der unsre Geschichte seit den Zeiten der Karolinger erzählt, ist der Sachsenaufstand gegen König Heinrich IV. Durch die wüste Wüstung des jungen Thronen und seiner Dienstmänner zur Verzweiflung getrieben, empörten sich 1073 die sächsischen Bauern im Verein mit dem sächsischen Adel. In der äußersten Not rief Heinrich die Hilfe des Papstes gegen den Umsturz an. Nun hätte also die Maßnahme an die Sachen ergehen müssen, daß „brave Katholiken treue Unterthanen“ seien. Aber anstatt die sächsischen Umstürzler in den Bann zu thun, nahm Gregor VII. zunächst eine zweideutige Neutralitätsstellung ein, weil er mit dem König von wegen des deutschen Kirchen-gutes zwar schon auf gespanntem Fuße stand, aber noch nicht offen gebrochen hatte. Als dann der Investiturstreit zum vollen Zerwürfnis zwischen König und Papst geführt hatte, ging Gregor einen Schritt weiter und erklärte den Umsturz für die Deutschen nicht bloß zu einem Recht, sondern für eine Pflicht. Am 21. Februar 1076 that Gregor den König selber in den Bann und sprach unter Berufung auf seine vom Apostel Petrus überkommene Gewalt des Bannens und Löbens die inhaltsschweren Worte: „In diesem Vertrauen unterlege ich zur Ehre und zum Schutze deiner Kirche im Namen des allmächtigen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes in Kraft deiner Vollmacht dem König Heinrich, Kaiser Heinrichs Sohn, der sich mit unerhörtem Hochmut gegen deine Kirche erhoben hat, die Regierung des ganzen Deutschen Reiches und Italiens, löse alle Christen von der Verpflichtung des Eides, den sie ihm geleistet haben oder noch leisten werden, und unterlege hiermit, daß irgend jemand ihm als einem Könige diene.“ Diefem Revolutionsmanifest des notorischen Heiligen folgte in Deutschland ein langwieriger Bürgerkrieg, in dem Ströme von Blut geflossen sind.

Genau dasselbe Schauspiel leht in Italien wieder. Da finden wir die erste große, bürgerliche Freiheitsbewegung des Mittelalters in der Lombardei. Die oberitalienischen Städte schlichen sich zur Eerringung und Behauptung kommunaler Selbständigkeit im 12. Jahrhundert zum lombardischen Bund zusammen und traten dem Hohenstauffer Friedrich Barbarossa, der sich die Wünderung seines göttlichen Rechts nicht gefallen lassen wollte, mit bewaffneter Hand entgegen. Wo in diesem Krieg die Sympathien der Anhänger des Gottesgnadentums sein mußten, liegt auf der Hand. Der Papst aber, der auch wieder seinen Span mit dem Kaiser hatte, ergriß nicht für, sondern gegen den Kaiser Partei. Ja, er trat geradezu an die Spitze des revolutionären Städtebundes. Es war bloß eine wohlverdiente Anerkennung, wenn die bürgerlichen Umstürzler ihrer neubegründeten Bundesfestung zu Ehren ihres Schutzpatrons, des Papstes Alexander III., den Namen Alexandria gaben. Die höchste Stufe erklimmte der päpstliche Umsturz in Unteritalien. Hier hatten sich die schwäbischen Kaiser zu Ende des 12. Jahrhunderts das Königreich Neapel erheiratet. Die

Muß ein polnischer Verein sein polnisches Statut der Polizei in deutscher Uebersetzung einreichen? Kopfschütteln erregen wird eine Entscheidung, die das preussische Kammergericht gefällt hat. Der Industrie- und Handwerkerverein Gnesen, dem besonders polnisch sprechende preussische Staatsbürger angehören und dessen Statut in polnischer Sprache abgefaßt ist, wird von der Polizei und den Gerichten als ein Verein angesehen, der auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes einwirken wolle, indem er besonders eine Einwirkung auf soziale Verhältnisse erstrebe. Die Polizeiverwaltung forderte deshalb den Vorsitzenden Hoffmann auf, ihr ein Statut einzureichen, und verlangte, nachdem ein Exemplar der polnischen Statuten zugegangen war, man solle ihr eine deutsche Uebersetzung übermitteln und zwar binnen drei Tagen, wie es § 2 des Vereinsgesetzes für Auskunfterteilungen über Statuten und Mitglieder vorschreibt. Der Vorstand lehnte das damals ab, da er sich überhaupt nicht für verpflichtet hielt, das Statut anders einzureichen, als es vorliegt und benutzt wird, nämlich in der polnischen Fassung. Der Vorsitzende wurde darauf wegen Uebertretung des § 2 des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt, weil er nicht binnen drei Tagen der Auforderung zur Auskunfterteilung gefolgt sei. In zweiter Instanz wurde H. jedoch vom Landgericht Gnesen freigesprochen. Das Landgericht führte aus: Der Industrie- und Handwerkerverein sei allerdings ein politischer Verein. Der Vorsitzende könne gleichwohl nicht verurteilt werden, wenn er es entgegen der Aufforderung der Polizei unterließ, die in polnischer Sprache abgefaßten Satzungen auch in deutscher Sprache einzureichen. Das Vereinsgesetz schreibe nicht vor, in welcher Sprache Statuten einzureichen seien. Es frage sich nun, ob hierüber nichts aus den Bestimmungen des Gesellschaftsrechts hergeleitet werden könne. Danach wären unter andern Eingaben z. B. deutsche Behörden allerdings in deutscher Sprache zu machen. Das Statut, das eingereicht worden sollte, sei aber eine Uebersetzung, die nur in fremder Sprache bestche, könne nur so verlangt werden, wie sie sei. Also genüge die rechtzeitige Einreichung des Statuts in der polnischen Fassung. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der sich der Ober-Staatsanwalt angeschlossen.

Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung als falsch auf und verwies die Angelegenheit zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Wenn die Polizei die Einreichung eines Statuts verlange, so verlange sie damit eine Auskunft über die Vereinsstatuten, wozu der § 2 des Vereinsgesetzes sie mit Bezug auf die dort genannten Vereine berechtige. Auskünfte der Behörde gegenüber müßten aber in der Landessprache, in Preußen also in deutscher Sprache erteilt werden. Mit Recht habe die Polizei eine deutsche Uebersetzung der polnischen Statuten verlangt und gleichsam damit gesagt, sie wüßte zu wissen, welches Aussehen die Statuten in deutscher Fassung hätten. H. habe sich gegen das Vereinsgesetz ver-gangen und strafbar gemacht. In diesem Sinne müsse das Landgericht entscheiden.

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (L. H. 28.) Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Donnerstag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr pünktlich: Außerordentliche Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, Saal 3. Tagesordnung: 1. Kasienbericht pro II. Quartal 1903. 2. Statutenberatung (Erhöhung der Beiträge). 3. Wahl von zwei Delegierten und einem Beirat zur außerordentlichen Generalversammlung am 23. August in Dresden. 4. Kasienangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen.

Witterungsübericht vom 29. Juli 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag = ° C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag = ° C.
Stettin	751	SE	3	bedeckt	18	Naparranda	762	NO	2	bedeckt	15
Hamburg	747	SE	4	bedeckt	17	Bretzburg	—	—	—	—	—
Berlin	752	SE	3	bedeckt	20	Goet.	756	—	—	—	14
Frankf. a. M.	753	SE	5	bedeckt	19	Alberdeen	—	—	—	—	—
München	760	SE	6	wolfig	19	Paris	758	SE	3	bedeckt	16
Wien	759	SE	1	bedeckt	19	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. Juli 1903. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, mit Regenschauern und ziemlich frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

so bewirkte Umklammerung des Kirchenstaates durch kaiserliches Gebiet war den Päpsten ein Dorn im Auge. Als ultima ratio holte der Papst den französischen Abenteurer Karl von Anjou herbei, dem er das Königreich Neapel übertrug. Die Eroberung gelang, der hohenschausische König Manfred verlor bei Benevent (1266) Schlacht und Leben. Aber es war ein nach allen Regeln des Legitimus rechtmäßiger Nachfolger vorhanden, der letzte Hohenstaufe, Konradin. Und dieser junge Mann erschien 1268 mit einem Heer in Italien, um seine königlichen Rechte geltend zu machen. Der Papst schleudert den Bann auf ihn, und der päpstliche Schlichter Karl besiegt Konradin, der in Gefangenschaft gerät. Man sitzt über ihn zu Gericht und verurteilt ihn zum Tode: den 29. Oktober 1268 wird er in Neapel öffentlich enthauptet. Es hätte nur eines Winkes an den päpstlichen Lehensmann Karl bedurft, so wäre die Hinrichtung nicht erfolgt. Der Ultramontanismus entkräftet sich noch immer über den „Königsmord“ von 1793. Für den ersten Königsmord, den von 1268, hat er keine Worte!

Derweil folgte in Deutschland ein Schattenkönig päpstlicher Rache auf den andern, so daß die Monarchie zum Spott der Menschen wurde. Ein deutscher Dichter der Zeit, Meister Sigeher, hat damals auf das Verhältnis zwischen Papst und Königen das Verschen gemünzt:

„Er setzet sie uf,
Er setzet sie abe,
Rach der habe
Wirft er sie hin und her als einen bal.“

D. h., wenn die Citrone ausgepreßt war, wurde sie weg-geworfen. Das nämliche erbauische Schauspiel, wie die Könige von Gottes Gnaden nach Papstes Gnaden bald auf, bald abgesetzt wurden, hatte sich schon in den Anfängen des 13. Jahrhunderts der Welt geboten, als Papst Innozenz III. im Streit um die Krone je nachdem bald Philipp, bald Otto, bald Friedrich für den einzig rechtmäßigen König erklärte, dem man gehorchen müsse. Wie gläubigen Gemütern bei diesem Revolutionsspiel schließlich zu Mute ward, kann man aus den Bedenken des bedeutendsten politischen Lyrikers im deutschen Mittelalter, Walther von der Vogelweide, ersehen. Er findet das Papsttum doppelzünftig wegen des beständigen Wechsels zwischen Anerkennung und Bannung:

„Gott giebt zum König, wen er will,
Darüber wunde' ich mich nicht viel,
Uns Laien wundert nur der Pfaffen Lehre,
Was sie gelehrt vor kurzen Tagen,
Davon das Gegenteil sie sagen.“

Walther ist darüber zu der Erkenntnis gekommen, daß die politische Stellungnahme des Papsttums mit der Religion schlechterdings nichts zu schaffen habe, sondern durch weider nichts als den rein weltlichen Vorteil bestimmt werde. Schließlich faßt sich dem frommen Manne die ganze Politik des Papsttums in die Worte zusammen:

„Ihr Pfaffen, esset Hähner, trinket Wein!
Und laßt die dummen deutschen Laien fasten.“

Die deutschen Laien sind heute nicht mehr so dumm. Und darnach hat auch das Papsttum mit seiner Umsturzpolitik, die den Rimbus des Königtums mächtig beeinträchtigte, sich — allerdings unfreiwillig — verdient gemacht. Die heutige Vegetierung für das Gottesgnadentum kommt zu spät. —

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. ... G. N. 29. Gegen Liebhaft und Lebenswandel Ihrer Schwiegermutter können Sie nicht mit gerichtlichen Schritten vorgehen.

Anserte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 30. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr: Neues Operntheater. Voccaccio. ... Berliner. Oberon, König der Elfen. ... Belle-Alliance. Bayerwald-Theater.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Letzte Woche: Das Geheimnis des roten Hauses.

Belle-Alliance-Theater.

Bayerwald-Theater. Bruder Martin. Specialitäten-Vorstellung, Konzert.

Apollo-Theater.

Täglich: Die Liebes-Insel mit dem sensationellen Post-Ballett. George Osrans Burleske-Pantomime.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison! Zum 200. Male: Neuestes! Allerneuestes!

Bernhard Rose-Theater.

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Verbotene Wege. Vollständig mit Gesang in 2 Akten von Hans Müller.

Reichshallen.

Heute: Großes Gastspiel des berühmten Winter-Tymian mit seiner Gesellschaft.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Täglich ab 5 Uhr nachmittags: Doppel-Konzert. Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.

CASTANS Panoptikum.

Friedrichstr. 165. Die zusammengewachsenen Schwestern zwanzig Jahre alt, spielen Geige!

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang 8 Uhr. Abendvorstellung 8 Uhr.

Die Tritons.

Tanz- und Schwimmkünstler, 5 Minuten unter Wasser. Lina Goltz, Vortragskünstlerin.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Er muss aufs Land. Der Hof Sänger.

Sanssouci.

Täglich im Garten: Hoffmanns Norddeutsche Sängler. Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.

Prater-Theater.

Kassanien-Allee 7-9. Direktion: M. Kalbo. Täglich: Johanniszauber. Operetten-Burleske in 4 Bildern.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landberger Allee 76-77. Ob schön! Ob Regen! Täglich das unerreichte Riesen-Juli-Programm!

4. Der Reiter ist strafbar. - G. N. 100. Sie wenden sich an das Vormundschaftsgericht mit dem Antrag, zwecks Anstellung der Alimentenflage Ihnen die Vermögenslosigkeit des Rindels zu bezeugen.

Freie Volksbühne.

Eine neue Abteilung wird eröffnet. Anträge auf Aufnahme von Mitgliedern werden in allen Zahlstellen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist gegen vorläufige Quittung das Einschreibegeld (80 Pf.) und die September-Beitragsrate (50 Pf.) zu hinterlegen.

Der August-Beitrag beträgt 65 Pf. Etwaige Umschreibungen in andre Zahlstellen sind im Juli zu bewirken.

Achtung! Zahlstelle No. 32 (Rixdorf) befindet sich von jetzt ab bei R. Pressler, Restaurant, Ziothenstr. 69. Die Mitglieder dieser Zahlstelle werden gebeten, dort ihre alten Mitgliedskarten abzugeben.

Max Klem's Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Schloss Weissensee.

Zum Sternecker. Inh.: C. Koch. Heute Donnerstag, den 30. Juli: Zum 1. Male in Berlin.

Kampf um Ladysmith.

Episoden aus dem Boerenkriege in 15 Bildern. 160 Personen mitwirkend.

Schlachtmusik.

Doppel-Militär-Konzert. Theater, Specialitäten-Vorstellung. Im Bal champêtre: Grosser BALL.

Schloss Weissensee.

Zum Sternecker, Inh.: C. Koch. Täglich: Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung. Nischenprogramm, 40 Nummern.

Restaurant und Fest-Säle.

von Julius Wernau, Schwedterstrasse 23/24. Unden ich mir höchstenfalls, den geehrten Vereinen, Klubs, Gesellschaften etc. zur Abhaltung von Festlichkeiten mein Etablissement in freundliche Erinnerung zu bringen, mache ich bekannt, daß die Einweihung meines eleganten neu renovierten Saales.

Otto Müller, Naunynstr. 37.

(früher Jablonsky). Vorzüglich. Mittags- (mit Bier 50 Pf.) u. Abendtisch zu n. Preisen im herrlich kühlen Garten.

Wilhelmsruh a. d. Nordbahn.

Sonntag, den 2., und Montag, den 3. August: 29115* Grosses Erntefest. Um 4 1/2 Uhr: Festzug.

werden. - W. 27, Kopenhagenerstraße. Das misgelaufte Bild ist Ihr Eigentum geworden. - E. N. 3. Richt mehr möglich. - B. d. B. B. Nach Aufnahme des Ober-Bewaltungsgerichts auf Erfordern der Polizei, ja. - E. D. 22. Nach § 267 Nr. 9 Str. G. B. ist strafbar, wer einem gesetzlichen Verbot zuwider Stoff, Geld- oder Schmuckgegenstände, welche in Städten oder Dörfern oder in ähnlicher Weise verborgen sind, feilhält oder mit sich führt.

Neue Welt.

Hasenheide 108/14. A. Scholz. Donnerstag, den 30. Juli: Militär-Doppel-Konzert. Gr. Specialitätenvorstellung.

Schweizer-Garten.

am Königsthor, am Friedrichshain. Täglich: Theater und Artisten-Vorstellung, Ball und Volksbelustigungen.

Königstadt-Kasino.

Pölgartenstr. 72, Ecke Weganderstr. Täglich im herrl. Garten: Tägl. Grossart. Programm. Ely Deliasey, Eugen Milardo, Bonnet-Trio, Miss Bella Field, Dittmar u. Margart, Rud. Schaup.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhäuser Allee 148. Inhaber: Wilhelm Fröbel. Heute sowie täglich: Nur noch wenige Tage: Juli-Spielplan.

Bilanz-Fertigstellung.

gymnastische Einrichtung, zeitweise Fortführung der Geschäfts-Bücher, Bücher-Revisionen durch Wilhelm Münch in Naumburg a. S., boedinger Buchverlag.

Industrie-Festsäle.

Beuthstrasse 19/20 (früher Cohn). Nach vollständiger Renovierung Eröffnung Anfang August. Säle, 150, 250 bis 1000 Personen fassend, mit und ohne Theaterbühne, stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen etc. zur Verfügung.

H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung.

Berlin S., Luisen-Ufer 3, am Engelbecken, Gegründet 1863. empfiehlt als Specialität: 16941* Magdeburger und Nordhäuser Kautabak.

Magdeburger und Nordhäuser Kautabak.

Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513.

Georg v. Vollmar: Lehren und Folgen des Reichstagswahl-Ergebnisses.

ca. 2 Bogen 20 Pf. Alle Kolportage und Parteilgeschäfte nehmen schon jetzt Bestellungen an. 21992*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.

Montag, den 3. August 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

General-Versammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tages-Ordnung:

1. Kassenericht vom zweiten Quartal und Bericht der Revisoren.
2. Wahlen des ersten Kassierers, des zweiten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, eines Revisors und eines Beisetzers.
3. Diskussion über den Bericht von der General-Versammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.

Freitag, den 31. Juli, abends präzis 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Diskussion über die Beschlüsse der Reichsgeneral-Versammlung.
3. Gewerkschaftliches.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Samstag, den 2. August, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal, Neue Friedrichstraße 20:

Sitzung der Bezirksleiter.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Achtung! Rabitzspanner!

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarb. Deutschl.
Freitag, den 31. Juli, abends 8 Uhr, in Jannaschks Salon,
Zufriedenstraße 10 II:

Gruppen-Versammlung der Rabitzspanner

- Tages-Ordnung:
1. Die fernere Gestaltung unseres Verwaltungswesens.
 2. Diskussion.
 3. Verhandlungsangelegenheiten.
- Alle Rabitzspanner, welche dem Verband der Bauarbeiter angeschlossen sind, sind hierzu eingeladen.

Die Ortsverwaltung. Z. H.: Karl Heidemann.

Central-Krankenkasse der Maurer Grundstein zur Einigkeit usw.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 2. August, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus,
Königsplatz 3, im kleinen Saal:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenericht vom zweiten Quartal.
 2. Bericht von der am 12. Juli stattgefundenen Generalversammlung.
 3. Kassenericht vom zweiten Quartal.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand. Z. H.: W. Strahl.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Bl. Anwendung frei.
Ohne Preisel die bequemste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort, das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Janjefftrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße
Greif-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. —
Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 954L

Danksagung.

Anlässlich des Todes unsres unvergesslichen General-
direktors

Herrn Richard Roesicke

sind uns von allen Seiten, insbesondere auch aus den
Kreisen unsrer Berufsgenossen und denjenigen Kreisen,
mit welchen wir durch geschäftliche oder freundschaftliche
Beziehungen verbunden sind, unzählige Beweise der
Teilnahme zugegangen.

Wir bitten alle, welche infolge eines unter diesen
Umständen verzeihlichen Uebersehens eine besondere Dank-
sagung nicht erhalten haben, dies gütigst zu entschuldigen
und unsern aufrichtigen Dank auf diesem Wege entgegen-
zunehmen.

Berlin-Dessau, den 30. Juli 1903.

Die Direktion
der Schultheiss' Brauerei
Aktien-Gesellschaft.

Achtung! Fliesenleger Achtung!

Freitag, den 31. Juli, bei Watt, Dragonerstraße 15:
Öffentliche Versammlung
der Fliesenleger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Unternehmer auf den ihnen zugesandten Lohnzettel
und welche Stellung nehmen die Berliner Fliesenleger dazu? 2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches.

Der Einberufer. W. Schulz.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Freitag, 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 7:
Versammlung
des Verbandes der Fliesenleger Deutschlands (Zweigverein Berlin)

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den derzeitigen Stand unsrer
Lohn- und Arbeitsbedingungen unter besonderer Berücksichtigung der
Deputationsverhältnisse unsres Berufs. 2. Diskussion. 143/7
Das Erscheinen aller Mitglieder ist infolge der wichtigen Tagesordnung
notwendig.

Der Zweigvereins-Vorstand. Z. H.: With. Fritsch.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(E. D. Nr. 2, Hamburg). Centralverwaltung Berlin.

Freitag, den 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 8).

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Anträge zur außerordentlichen
Generalversammlung. 3. Beschlüsse der Kassensitzungen.

Der Vorstand. Z. H.: Richard Schröder, Tilsiterstr. 82.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter

Karl Sander

am 27. d. M. gestorben ist.

Eure feinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle der St. Marien- und An-
dreas-Gemeinde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
119/13 Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein

Rüdersdorf und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Sonntagabend, den 25. Juli,
abends 6 1/2 Uhr, ist unser toter
Genosse

Karl Wolf

in Rüdersdorf von einem Zuge
überfahren worden; der Tod trat
sofort ein.

Eure ehren feim Andenken!
203/13 Der Vorstand.

Danfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die vielen reichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meines lieben Vaters, unsres
vergnüglichen Vaters, des Restaurateurs
(früheren Putzers) 29385

Karl Krohne

sagen wir allen Verwandten, Frem-
den, Kollegen und Bekannten, ins-
besondere dem „Gelangverein der
Putzer“, den Mitgliedern des Wahl-
vereins des 6. Kreises, unsren
verehrten Stauungsgästen unsren herz-
lichsten Dank.

Auguste Krohne nebst Kindern.

Dr. Simmel, Str. 41.

Spezialarzt für (8/17)
Haut- und Nervenleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

In Ltr.-Fl. em-
pfohle: Cognac
1,25-10,35, Rum
1,00-5,60, Nord-
häuser 0,45-1,35,
Liquore, Eier-
cognac, Citronen-
und Himbeersaft,
Port- u. Ungarweine gut u. billigst.

Carl Schindler, Chausseestr. 55,
Liquourfabrik.

Steppdecken

Gelegenheitskauf!

Cretone, doppelseitig 2,65

Purpur, doppelseitig 2,50

Trikot, doppelseitig 3,50

Wolltias, alle Farben 4,05

Similiseide, alle Farben 5,25

Normal-
Schlafdecken 2,00, 3,00 Mk.

Special-
Haus Emil Lefevre,

Berlin
S., Oranienstrasse 150.

Kleine Anzeigen.

Jedes
Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Lindenstr. 69,
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Nummernburg, schöne Restauration
mit zwei Vereinszimmern und
mehreren Vereinen ist äußerst billig
zu verkaufen bei John, Prinz-Albert-
straße 5a. 2787b

Bahnhof Bildau, bei Neuthen,
Hochschule, Schwarzschiff, Bör-
ger, hochgelegenes prachtvolle
Restaurations- u. Sommerlokal mit
Küche, 20 Zimmern, ohne An-
zahlung, nur 1000 Mark fest.
Verkaufserlöse erhalten 20 Mark
Prämie. Vornblatt, Galtwitz, Hohen-
schnee; Restaurations-Carl, Prinzessinnen-
straße 4; Rabermann, Infanterie-
straße 12. 1773a

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 137*

Vorjährige elegante Herren-
Reisetaschen und Sommerpaleos
und Kleider aus feinsten Stoffen 25 bis
40 Mark. Verkauf Sonnabend und
Sonntag. Verkaufshaus Germania,
Unter den Linden 21, II. 1719a

Teppiche! (feinere) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Hadericher
Markt 4, Bahnhofstraße. 932*

Spottblind-Teppiche, Betten,
Gardinen, Steppdecken, Kleider-
stoffe, Remontiermaschinen, Regula-
toren, Möbel, Spiegel, Bilder. Ver-
kaufshaus Randerstraße 6. Teilzahlungen
gestattet. 1379*

Steppdecken, (Spottblind), feinst
Weinsteife 20. 197*

Steppdecken! Gelegenheitskauf!
Seidenstoff, halt 8 W. jetzt durchweg
3,75, vorher gefärbte Teppichdecken 3,25
verkauft Julius Neumann, Bellevue-
straße 105. 1768a

Teppiche mit handgezeichneten
Niederlagen Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 137*

Rahmmaschinen! Ringstuhl, Adler,
Central-Dobbin, Orion, Lambourier-
Wheeler u. Wilson, Elastic, Säulen,
u. a. m. Prima Qualität, solide und
elegante Ausstattung. Freie Willkür,
bei Abzahlung konstante Bedingungen.
Drei Jahre reiffe Garantie.
E. Sellmann, Gollnowstraße 20,
nahe der Landbergerstraße. Alte
Rahmmaschinen in Zahlung. 1725a

Vorjährige elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Linden 21, II. 1718a

Kranenfahrstühle für Zimmer
und Straße künstlich und teilweise in
allen Preislagen. Kopp, Eisen-
straße 95. 92/1*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125
Mark, Knollstraße 148, Stahl-
straße 40. 1763a

Frankfurter Allee 10, am Ring-
bahnhof, Rahmmaschinen sämtlicher
Systeme, ohne Anzahlung, Höhe 1,00,
gebrauchte von 10 Mark an. Voll-
stärke genügt. 147*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung,
sämtliche Systeme, höchstens 1,00,
Belle-Alliancestraße 78. 294b

Rahmmaschinen-Geschäft Wasser-
locherstraße 14 liefert sofort sämtliche
Systeme ohne Anzahlung. Höchst-
ens 1,00. 1108*

Gastföhrerhaus! Zweifelhafte
8,00, Dreifelhafte 7,00, Gas-
bühnenapparate, Gasplättchen, Gas-
befeuchtung, Spottblind-Teppiche,
Lichter, zweifelhafte 2,00, Holzer,
Wallnerstraße 32. 2495b

Waldschneid-Blühdend, für
Blumen, Brustkränze, Schmück-
gegenstände, bessere Qualität,
farblos, überaus schön, 14 Kleider
3 Mark, 1/2, Tonne 3,50, geklärt,
Nicht Holzschneid, Qualität ent-
scheidet. Vorier, Kellerer Ringler,
Bernauerstraße 119. 9318*

Steppdecken billigst feinst
Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Restaurations-Verkauf. Rühres
Steinmüllerstraße 39, Goldmann-
laden. 1105*

Herrenanzüge, Sommerpaleos,
zurückgelegt, aus feinsten Stoffen
20-38, Herrenhosen 8-11 Mark. Ver-
kauf täglich, auch Sonntag. Deutsches
Verkaufshaus Randerstraße 6, 1. Trepp-
e. 1379*

Schmiedewerkzeug mit Vorkarten
umständlicher zu verkaufen, 2000 Mk.,
Wicke 1000. In erstgen. Frankfurter
Chaussee 125, Mühlengasse. 1128*

Schneidwerkzeug, unbenutzt, umständ-
licher zu verkaufen Randerstraße 25,
Erner. 1108*

Imbau!! Wegen Umbau Kleider-
spind 26,00, Stühle 2,75, Tisch 6,00,
Tisch 45,00, Spiegel mit Spind 33,00,
Tisch 40,00, Regenschirm 37,
Stuhl. 2937b

Wolle, Oranien-Entladung ver-
kauft Wasche, Camphauerstraße 32.
Weit, hochlegant, 15,00. Reich,
Dresdenerstraße 89. 2932b

Metallbetten, 20 Stück, Spottblind,
Rappold, Randerstraße 18. 2929b

Wattgeschäft billig zu verkaufen
Brandenburgerstraße 74. 2930b

Zwei Kart vierfeldig Damen-
hemden, Herrenhemden 3,30, Damen-
hemden, Normalweite, Ausstattungen
sowie elegante Kleiderstoffe (Spottblind,
Kleiderstoffe) Salomonstr.,
Dresdenerstraße 21 (Alexanderplatz). 92/1*

Ringschiffchen, Dobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Höhe 1,00,
gebrauchte 12,00, Randerstraße 60/61,
Brandenburgerstraße 59/60 und Große
Frankfurterstraße 43. 197*

Grünstram, Holz- und Kohlen-
geschäft zu verkaufen Wallnerstraße-
straße 28. 2927b

Schmiedewerkzeug, alles, gutgehend,
wegen Todesfall sofort zu verkaufen,
zum Partikelokal geeignet, inmitten
Fabriken gelegen, verkehrsgünstig,
höheres Dekor, Chausseestraße 45.

Restaurations-Verkauf, feinst,
Ränder, Randerstraße 13, Röhren-
geschäft. 2940b

Umständlicher elegante Wir-
tschaft billig veräußert sofort Meißel,
Bergstraße 12, I. 1917

Verkauf sofort Spottblind Kleider-
schrank, Vertiko, Säulenarmatur,
Lackmöbel, Ruhbaumplanino, Aus-
stattungsgegenstände, Bettstellen, Spiegel-
spind, Spiegel, Regulator, Bilder,
Betteln, Rahmmaschine, Gasstove,
Küchenschrank (auch einzeln), Schup-
mann, Waldenstraße 27, vom I.

Die Ursachen, weshalb die Arbeiter
Rechts, speziell die Metallarbeiter
ihre Arbeitsbedingung bei Schlichter
kaufen, liegen in der außerordent-
lichen Leistungsfähigkeit dieser Firma.

Fahrradbeleuchtung, auch Rahm-
maschinen, Randerstraße 55. 1133*

Fahrradgeschütz, auch feinst, Kap-
latz, Schönhauser Allee 163a. 9319*

Matras, Gold, Silber, Gefäße,
alte Uhren, Platgold, Reingold, feinst
Groß, Brangelstraße 4. Räderge-
bäude. 1379*

Vereinszimmer, großes frei
Simeonstraße 23, III. 1788a

Vereinszimmer, 40 Personen,
Piano, zu vergeben, Komman-
dantenstraße 65, Ladewig. 1762a

Vermietungen.
Wohnungen.

Zweizimmer-Wohnungen, her-
liche, billig, Jellstraße 15, Ditten. *

Nummernburg, Randerstraße 38,
Vorderhaus, Kleinwohnungen zum
Oktober. 2731b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, Götlicher-
straße 52, IV. 718

Möbliertes Zimmer, separater
Eingang, Grünauerstraße 28, vom II.
Casse. 718

Schlafstellen.

Schlafstelle zu vermieten, Bendlin,
Spaarstraße 8. 473*

Schlafstelle, Herrn. Köpenicker-
straße 120a III. 1. 1115*

Gute Schlafstelle bei Witwe Müller,
Randerstraße 40, vom II. 2909b

Handwerker findet Schlafstelle
Stalherstraße 141, Lorenz. 118*

Möblierte Schlafstelle Dranten-
straße 151, vom IV. links. 2946b

Schlafstelle vermietet, Schmar,
Randerstraße 107, II. 718

Bessere Schlafstelle Admiral-
straße 16, vom 4. Treppen links. 718

Separate, möblierte Schlafstelle,
Herrn. Randerstraße 2, Witwe Müller.
Möblierte Schlafstelle vermietet
Witwe Müller, Randerstraße 1,
vom IV. 1314

Schlafstelle bei Wöfel, Raum-
straße 84, vom parterre. 2944b

Schlafstelle, Herrn. Randerstr. 58,
Hof IV. Dehne. 2935b

Möblierte Schlafstelle mit guter
Beheizung, Höhe 10 Mark, Köpen-
ickerstraße 45, Luisegebäude, Große,
1133*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.

Wolfsänger-Gesellschaft Verban-
dswahl, Randerstraße 28. 789*

Stellenangebote.

Selbständig arbeitende Kunst-
schneider auf Vorkasse verlangt
Peter, Sophie-Charlottenstraße 108.

Verarbeiter und Bedienung auf
Eigarmenten verlangt Gäbler,
Randerstraße 126. 2945b

Zugeweiser für ein kleines
Warenlager in Berlin a. G. ge-
sucht. Näheres Neu-Weihenstr., Wil-
helmstraße 13. 1117*

Junger Schriftsetzer verlangt
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 130.

Friseur verlangt, Randerstr. 22,
Schmidt, Nachf. Gebr. Wolf, Randerstr. 1.

Möbliertes Zimmer, separater
Eingang, Grünauerstraße 28, vom II.
Casse. 718

Schlafstellen.

Schlafstelle zu vermieten, Bendlin,
Spaarstraße 8. 473*

Schlafstelle, Herrn. Köpenicker-
straße 120a III. 1. 1115*

Gute Schlafstelle bei Witwe Müller,
Randerstraße 40, vom II. 2909b

Handwerker findet Schlafstelle
Stalherstraße 141, Lorenz. 118*

Möblierte Schlafstelle Dranten-
straße 151, vom IV. links. 2946b

Schlafstelle vermietet, Schmar,
Randerstraße 107, II. 718

Bessere Schlafstelle Admiral-
straße 16, vom 4. Treppen links. 718

Separate, möblierte Schlafstelle,
Herrn. Randerstraße 2, Witwe Müller.
Möblierte Schlafstelle vermietet
Witwe Müller, Randerstraße 1,
vom IV. 1314

Schlafstelle bei Wöfel, Raum-
straße 84, vom parterre. 2944b

Schlafstelle, Herrn. Randerstr. 58,
Hof IV. Dehne. 2935b

Möblierte Schlafstelle mit guter
Beheizung, Höhe 10 Mark, Köpen-
ickerstraße 45, Luisegebäude, Große,
1133*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.

Wolfsänger-Gesellschaft Verban-
dswahl, Randerstraße 28. 789*

Stellenangebote.

Selbständig arbeitende Kunst-
schneider auf Vorkasse verlangt
Peter, Sophie-Charlottenstraße 108.

Verarbeiter und Bedienung auf
Eigarmenten verlangt Gäbler,
Randerstraße 126. 2945b

Zugeweiser für ein kleines
Warenlager in Berlin a. G. ge-
sucht. Näheres Neu-Weihenstr., Wil-
helmstraße 13. 1117*

Junger Schriftsetzer verlangt
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 130.

Friseur verlangt, Randerstr. 22,
Schmidt, Nachf. Gebr. Wolf, Randerstr. 1.

Möbliertes Zimmer, separater
Eingang, Grünauerstraße 28, vom II.
Casse. 718

Schlafstellen.

Schlafstelle zu vermieten, Bendlin,
Spaarstraße 8. 473*

Schlafstelle, Herrn. Köpenicker-
straße 120a III. 1. 1115*

Gute Schlafstelle bei Witwe Müller,
Randerstraße 40, vom II. 2909b

Handwerker findet Schlafstelle
Stalherstraße 141, Lorenz. 118*

Möblierte Schlafstelle Dranten-
straße 151, vom IV. links. 2946b

Schlafstelle vermietet, Schmar,
Randerstraße 107, II. 718

Bessere Schlafstelle Admiral-
straße 16, vom 4. Treppen links. 718

Separate, möblierte Schlafstelle,
Herrn